



17.023

**Für Ernährungssouveränität.
Die Landwirtschaft betrifft uns alle.
Volksinitiative**

**Pour la souveraineté alimentaire.
L'agriculture nous concerne toutes
et tous. Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.09.17
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.11.17
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.03.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.03.18 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Le président (de Buman Dominique, président): Dans le cadre du débat général, nous traitons aussi la proposition de la minorité Jans concernant le projet 2 et la proposition individuelle Glättli.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL), für die Kommission: Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" wurde im September 2016 eingereicht. Sie ist mit 108 000 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative hat die Form des ausgearbeiteten Entwurfes und ergänzt die Bundesverfassung mit einem neuen Artikel 104c zur Ernährungssouveränität. Sie fordert in den Übergangsbestimmungen eine Umsetzung innert zweier Jahre.

Der Bundesrat seinerseits hat mit der Botschaft vom 15. Februar 2017 beantragt, die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Der Bundesrat wird seine Position in der Folge begründen.

Die Initiative wurde von Uniterre und L'autre syndicat gemeinsam mit siebzig weiteren Organisationen lanciert. Leitmodell ist eine bäuerliche Landwirtschaft, die auf nachhaltige Weise produziert und in erster Linie für die regionale Bevölkerung da ist. Ich komme nachher in der Detailberatung noch auf die Instrumente der Initiative zu sprechen.

Die WAK-NR – der Nationalrat ist Erstrat – hat die Initiative an drei Sitzungen behandelt. Sie begann im Mai mit ausführlichen Anhörungen, unter anderem mit einer Vertretung der Initiantinnen und Initianten, des Bauernverbands, der Nahrungsmittelindustrie, der Kleinbauern-Vereinigung, der Agrarallianz und von Agora. Nach diesen Anhörungen wurden in Ergänzung zur Botschaft des Bundesrates aus den Reihen der Kommission von den Herren Ritter, Schelbert und Jans verschiedene Fragen aufgeworfen. Dazu hat die Verwaltung in einem Zusatzbericht Stellung genommen. Sie finden sowohl die Fragen wie auch die Antworten auf dem Netz. Damit ist transparent, welche Themen in der Kommission vor allem beraten worden sind.

Es geht einmal um die Umsetzung des Begriffes der Ernährungssouveränität, um die Frage der Versorgung mit standortangepasstem Saatgut, um die Frage der gentechnikfreien Lebensmittel und darum, ob die Verfassungsgrundlage dafür ausreicht, um den Stand der Revision des Raumplanungsgesetzes in Bezug auf die Fruchtfolgeflächen und um den Schutz des Kulturlandes. Weitere Fragen betreffen die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, dann aber auch die Marktmacht der verschiedenen Akteure in Bezug auf die Agrarprodukte. Es ging um die Förderung des Direktabsatzes durch die Produzentinnen und Produzenten, um die Situation von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern und vor allem auch um die Frage des Verhältnisses der verschiedenen agrarpolitischen Initiativen zueinander.



Sie wissen und erinnern sich, dass wir in letzter Zeit verschiedene agrarpolitische Initiativen debattiert haben. Zu erwähnen ist vor allem der neue Verfassungsartikel 104a, der in der Volksabstimmung im September von Volk und Ständen grossmehrheitlich angenommen worden ist. Es war ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit". Wir debattierten die Fair-Food-Initiative, die noch nicht zur Abstimmung gekommen ist, dann die Hornkuh-Initiative, die noch in den Räten in Behandlung ist. Es sind noch weitere agrarpolitische Initiativen im Sammelstadium.

Die Kommission befand über die Gültigkeit der vorliegenden Initiative. Die Einheit der Form wird nicht infrage gestellt. Die Initiative ist in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes formuliert. Vorgeschlagen wird ein neuer Artikel 104c unter dem Titel "Ernährungssouveränität". Er setzt auf die Förderung der einheimischen bäuerlichen Landwirtschaft, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.

Die Initiative beinhaltet auch ein umfassendes Bündel an Instrumenten wie Markttransparenz, gerechte Preise, die Stärkung des Agrarabsatzes, gute Arbeitsbedingungen für Angestellte, dann aber auch Importzölle und Einfuhrbeschränkungen. Sie verlangt auch den Verzicht auf Exportsubventionen für Agrarprodukte und Lebensmittel. Die Umsetzung ist, wie gesagt, innert zweier Jahre sicherzustellen.

Die Kommission hat den ausführlichen Text diskutiert. Die Einheit der Materie wurde diskutiert, aber nicht infrage gestellt. Die Kommission ist der Meinung, dass alle Forderungen agrarpolitische Themen beschlagen und somit die Einheit der Materie gewährleistet ist.

Zum Eintreten: Es gibt keinen Eintretensbeschluss. Sie wissen, bei Volksinitiativen ist Eintreten obligatorisch. In der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates wurde vor allem auch die Frage diskutiert, ob ein direkter Gegenentwurf vorzulegen sei. Der direkte Gegenentwurf – Herr Jans wird ihn nachher als Vertreter der Minderheit ausführlich begründen – knüpft formal an den bestehenden Artikel 104 der Bundesverfassung an. Er will die Förderung der bodenbewirtschaftenden Betriebe, eine Erweiterung des Massnahmenkatalogs, die Saatgutsicherung usw.

Wichtig ist auch, dass die WAK-NR zu diesem Gegenentwurf einen Zusatzbericht verlangt hat. Dieser Zusatzbericht findet sich ebenfalls auf dem Netz. Es handelt sich natürlich um Ergänzungen zu den Materialien, zu der Botschaft des Bundesrates. In diesem Bericht beurteilt das Bundesamt für Landwirtschaft den Gegenentwurf kritisch. Es wurde vor allem darauf verwiesen, dass der Bundesrat am 1. November 2017 eine Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 publiziert hat, die im Widerspruch zum Gegenentwurf stehe. Genau dieser Bericht des Bundesrates vom 1. November 2017 hat nun eine grosse Debatte in der WAK-NR ausgelöst. Von bäuerlicher Seite wurde geltend gemacht, der Bericht habe "wie eine Bombe eingeschlagen". Ich denke, er wird nachher auch Gegenstand der Beratungen zur Initiative sein, die wir heute zu behandeln haben.

Dieser Bericht und die grundsätzlichen Unterschiede in den agrarpolitischen Vorstellungen haben sich denn auch in der Abstimmung in der WAK niedergeschlagen. Beim Gegenentwurf lautete das Ergebnis 13 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen für Nichteintreten auf den Gegenentwurf. Die WAK empfiehlt Ihnen somit mehrheitlich, auf den Gegenentwurf nicht einzutreten.

Bei den Abstimmungsempfehlungen zur Initiative lautete das Abstimmungsergebnis der WAK wie folgt: Dem Antrag auf Empfehlung zur Ablehnung gemäss Antrag des Bundesrates folgten 7 Mitglieder ohne Gegenstimme; 12 Mitglieder der WAK haben sich der Stimme enthalten. Die Ablehnung begründet sich im Wesentlichen mit den weitgehenden Interventionen wie staatlichen Preis- und Mengenvorschriften, Steuerungen und den vorgeschlagenen Importbeschränkungen. Die zahlreichen Enthaltungen wiederum erklären sich mit dem, ich sage mal, Ärger oder Erstaunen etlicher Kommissionsmitglieder über den bundesrätlichen Bericht zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik.

Wie Sie gesehen haben, liegt nun noch ein Einzelantrag auf Unterstützung der Initiative vor. Ein solcher Antrag wurde in der WAK weder gestellt noch debattiert. Deswegen haben wir dazu auch keine Empfehlungen vonseiten der WAK-NR.

So weit der Bericht Ihrer Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zu folgen.

AB 2017 N 1941 / BO 2017 N 1941

Feller Olivier (RL, VD), pour la commission: La Commission de l'économie et des redevances a examiné l'initiative populaire, qui nous est soumise aujourd'hui, le 15 mai, le 24 octobre, puis le 13 novembre 2017. Cette initiative vise à introduire dans la Constitution fédérale une nouvelle disposition, particulièrement longue, un nouvel article visant à obliger la Confédération, notamment, à favoriser l'augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture, à favoriser la détermination de prix équitables dans chaque filière, à renforcer les échanges directs



entre les paysans et les consommateurs, à harmoniser les conditions de travail des salariés agricoles au niveau fédéral, à prélever des droits de douane sur les produits importés qui ne respectent pas les normes sociales et environnementales édictées dans notre pays et à interdire l'utilisation dans l'agriculture des organismes génétiquement modifiés.

La commission a également examiné un contre-projet direct à cette initiative qui fait l'objet de la proposition de minorité Jans, qui vise à compléter l'article 104 actuel de la Constitution fédérale en y mentionnant notamment l'échange et la commercialisation de semences, les échanges directs entre paysans et consommateurs, ainsi que les conditions de travail des salariés agricoles.

La Commission de l'économie et des redevances a fait un certain nombre de constats. Le premier constat, c'est que l'initiative porte sur toute une série de problématiques qui sont certes toutes liées de près ou de loin au domaine agricole, mais qui ne sont pas forcément pour autant matériellement connectées les unes aux autres. On peut dès lors se demander, du moins sous l'angle politique, si l'initiative respecte véritablement le principe de l'unité de la matière. On peut, par exemple, vouloir, en tant que citoyen ou citoyenne, interdire les organismes génétiquement modifiés dans l'agriculture sans pour autant vouloir harmoniser à l'échelle fédérale les conditions de travail de tous les salariés agricoles. Dans un tel cas de figure, on ne sait pas comment voter, on ne sait pas s'il convient ou non de soutenir l'initiative.

Le deuxième constat, c'est que le peuple et les cantons ont accepté, ou même plébiscité, le 24 septembre dernier, avec un taux de 78,7 pour cent, un arrêté fédéral visant à introduire dans la Constitution fédérale une nouvelle disposition, l'article 104a, qui concerne l'ensemble de la branche agricole et agroalimentaire, "de la fourche à la fourchette".

Dans ces conditions, la commission s'interroge sur l'utilité de l'initiative populaire qui nous est soumise aujourd'hui.

Le troisième constat, c'est qu'en matière agricole la Constitution fédérale règle l'ensemble des problématiques imaginables. Elle est exhaustive, elle est complète en ce qui concerne l'agriculture. Pour influencer sur la politique agricole, il faut à présent agir au Parlement au travers d'autres instruments institutionnels, comme la loi sur l'agriculture, les arrêtés fédéraux simples, à l'instar de l'arrêté fédéral sur les moyens financiers destinés à l'agriculture 2018–2021, et le budget annuel de la Confédération.

Ces trois constats valent aussi pour le contre-projet direct, qui fait l'objet de la proposition de la minorité Jans, même si ce contre-projet, admettons-le en toute objectivité, est plus ciblé que le texte de l'initiative populaire.

C'est en s'appuyant sur ces constats que la commission vous recommande, d'une part, de rejeter la proposition de la minorité Jans, qui préconise un contre-projet direct, par 13 voix contre 4 et 5 abstentions, et, d'autre part, de recommander le rejet de l'initiative populaire, par 7 voix contre 0 et 12 abstentions. En d'autres termes, aucun commissaire ne propose de recommander l'acceptation de l'initiative.

En revanche, et c'est insolite, il y a 12 abstentions. Ces 12 abstentions reflètent la surprise, l'inquiétude, le malaise ou l'hostilité ressentis par un certain nombre de membres de la commission à la suite de la publication, il y a quelques semaines, par le Conseil fédéral, d'un rapport consacré à la politique agricole à partir de l'année 2022, intitulé "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole". Cette stratégie du Conseil fédéral, qui est notamment axée sur une diminution de la protection douanière, ne tient pas compte du rôle multifonctionnel et durable de l'agriculture voulu par le souverain le 24 septembre dernier lorsqu'il a plébiscité l'arrêté fédéral sur la sécurité alimentaire. En d'autres termes, le nombre important d'abstentions traduit le trouble ou la désapprobation ressentis au sujet du rapport précité du Conseil fédéral.

La majorité de la commission, au sens formel, donc les sept commissaires qui vous proposent de recommander le rejet de l'initiative populaire, considère qu'il faut distinguer les objets, qu'il ne faut pas se mettre à utiliser le débat sur l'initiative qui nous est soumise – et qui a un contenu précis, un contenu spécifique – pour critiquer, à tort ou à raison, la stratégie du Conseil fédéral à partir de l'année 2022. Nous débattons aujourd'hui d'une initiative populaire spécifique; nous aurons l'occasion ultérieurement, à d'autres moments, de débattre de la stratégie du Conseil fédéral à moyen terme en matière agricole.

En d'autres termes, dire non à l'initiative populaire qui nous est proposée, ce n'est pas cautionner la stratégie présentée récemment par le Conseil fédéral pour l'année 2022 et les suivantes concernant la politique agricole.

Jans Beat (S, BS): Ich möchte Ihnen im Namen der Minderheit einen direkten Gegenvorschlag schmackhaft machen. Die Initiative geht zu weit. Sie ist mit beinahe zwei A4-Seiten Verfassungstext ausgesprochen umständlich. Einerseits verlangt sie Dinge, die man gar nicht umsetzen kann, zum Beispiel, dass der Bund dafür sorgen muss, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zunimmt. Um Gottes willen, wie soll er denn das tun? Andererseits fordert sie Dinge, die wir ablehnen, zum Beispiel, dass die Zölle als Pflichtprogramm für den Bund in der Bundesverfassung quasi verewigt werden. Das ist falsch.



Zölle, das werden Sie in der Debatte jetzt dann noch erleben, werden als die Lösung für alle Probleme beschrieben. Aber das sind sie nicht. Sie kosten, das sehen Sie in der Auslegeordnung, in der Gesamtschau des Bundesrates, inzwischen 3,5 Milliarden Franken, und zwar ist das das, was die Konsumentinnen und Konsumenten der Schweiz mehr bezahlen, weil wir hier Schweizer Preise vorschreiben. Das ist ein Schweizzwang, diese Zölle.

Das ist unsozial; es sind inzwischen 1000 Franken pro Haushalt, und die muss jeder zahlen, ob er sie hat oder nicht. Es gibt heute 500 000 Leute, die nur von der AHV leben. Sie müssen diese Kopfsteuer, diese Kopfgebühr bezahlen. Es gibt 145 000 Working Poor; ihnen bleibt, wenn die Miete bezahlt ist, die Krankenkasse bezahlt ist, praktisch kein Geld mehr. Sie müssen alle diese höheren Preise bezahlen. Deshalb ist diese Zollpflicht unsozial, das sei hier klar gesagt. Wer soziale Landwirtschaftspolitik macht, macht sie über die Direktzahlungen. Diese sind über einkommensabhängige Steuern finanziert, und das ist viel fairer; das sei hier gesagt.

Deshalb meinen wir, es brauche einen Gegenvorschlag. Es kann nicht diese Initiative sein. Warum braucht es einen Gegenvorschlag? Weil wir die Bauern, wenn beispielsweise der Freihandel kommt, in der Tat nicht einfach dem Weltmarkt opfern wollen, sondern wir wollen, dass sie gute Bedingungen in der Schweiz haben. Die haben sie noch nicht in ausreichendem Ausmass.

Wir fordern deshalb eine Ergänzung von Artikel 104 der Bundesverfassung, der dem Bund bereits in fünf Punkten Kompetenzen gibt, in diesem Sinne in den Markt einzugreifen, der ihm Möglichkeiten gibt, um die landwirtschaftliche Produktion zu stärken. Das wollen wir hier mit fünf weiteren Punkten tun.

In Buchstabe g fordern wir das Recht der Landwirte auf eigenes Saatgut. Das ist ein Grundrecht, das im globalen Umfeld leider nicht mehr gewährleistet wird. Konzerne verbieten es den Bauern, ihr eigenes Saatgut weiterzuverbreiten. Wenn der Markt geöffnet wird, soll das geklärt sein; dieses Recht wollen wir in der Verfassung. Es ist noch kein Problem, könnte in der Schweiz aber eines werden.

In den Buchstaben h und i wird einerseits die Marktmacht der Produzentinnen und Produzenten gegenüber vor- und nachgelagerten Branchen und andererseits die Direktvermarktung durch den Bund gestärkt, sodass man die Zwischenhändler ausschalten kann. Das sind beides Massnahmen, welche die landwirtschaftliche Produktion stärken. Es besteht

AB 2017 N 1942 / BO 2017 N 1942

die unsägliche Situation, dass die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft jährlich zwar 2 Prozent beträgt, bei den Bauern aber nichts übrig bleibt, weil die vor- und nachgelagerten Branchen alles abholen. Deshalb soll das gestärkt werden. Der Bundesrat kann hier Massnahmen ergreifen. Er hat übrigens schon gesetzliche Grundlagen dafür, das gibt es bereits, die betreffenden Bestimmungen werden aber sehr zurückhaltend angewendet. Wenn wir diesem Gegenvorschlag zustimmen, geben wir ein klares Signal, dass er das besser und häufiger tun soll.

Dann haben wir Buchstabe j: Um zu verhindern, dass wir in der Schweiz ein Preis- und Lohndumping haben, sollen branchen- und ortsübliche Arbeitsbedingungen sichergestellt werden. Auch das machen die Kantone heute schon über Normalarbeitsverträge. Wenn wir diesem Gegenvorschlag zustimmen, geben wir dem Bundesrat den Auftrag, dies zu koordinieren und zu kontrollieren und hier aktiver zu werden. Es gibt da immer noch ziemlich hässliche Fälle in der Schweiz, die wir nicht akzeptieren wollen.

Dann kommt schliesslich Buchstabe k, in dem es um das Gentechnikverbot in der Landwirtschaft geht. Sie wissen, wir haben das faktisch heute schon, wir haben ein Moratorium. Wir haben aber keine Verfassungsgrundlage dafür; wir meinen, es sei an der Zeit, diese zu schaffen. Man kann über den Segen der Gentechnik geteilter Meinung sein. Klar ist: Die Landwirtschaft in der Schweiz hätte Nachteile, wenn wir dieses Gentechnikverbot aufheben würden, und zwar weil wir die Qualitätsstrategie nicht mehr fahren könnten – die Qualitätsstrategie, die besagt, dass sich Schweizer Produkte auf dem europäischen Markt durch eine ökologische Qualität profilieren. Das können Sie dann erstens vergessen, und zweitens entstehen riesige Kosten, um die Warenflüsse – gentechnisch verändert, nicht gentechnisch verändert – zu trennen. Deshalb braucht es auch hier eine Verfassungsgrundlage, damit die Landwirtschaft auf dem Markt ein klares Profil und klare Stärken hat.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Initiative ernst zu nehmen, wichtige Punkte in den direkten Gegenvorschlag aufzunehmen, aber die Initiative selbst dann halt zur Ablehnung zu empfehlen, weil sie zu weit geht.

Glättli Balthasar (G, ZH): Was spricht für die Initiative "für Ernährungssouveränität"? Eigentlich sagt es der zweite Teil des Titels bereits. Er lautet: "Die Landwirtschaft betrifft uns alle."

Diese Initiative will ein anderes Konzept für die Landwirtschaft. Sie will eine Landwirtschaft, in der der Mensch eine Rolle spielt – als Bäuerin hier in der Schweiz, als Kleinbauer im Trikont oder als Konsument in der Region.



Sie will eine Landwirtschaft, in der die Landwirtinnen und Landwirte wissen, dass der Boden nicht etwas ist, das man als Produktionsfaktor einfach nimmt, verwertet und dann wegwirft. Sie will also eine Landwirtschaft, die Sorge trägt zu den natürlichen Grundlagen.

Ernährungssouveränität bedeutet auch eine selbstbewusste Absage an den grössten Traum der Agrokonzerne, die Gentechnik. Hybrides Saatgut macht Bäuerinnen und Bauern doppelt abhängig: nicht nur vom Kauf des Saatgutes, sondern auch vom Gebrauch der verkauften Pestizide, die nur gentechnisch veränderte Pflanzen überhaupt ertragen. Nahrungsmittel sind nicht einfach irgendein Gut, das man blind nach den Regeln des Wettbewerbs möglichst günstig produzieren und möglichst billig konsumieren sollte. Nahrungsmittel sind eine Grundlage des Lebens.

Ich stellte als Mitglied des Initiativkomitees natürlich einen Einzelantrag zur Unterstützung der Initiative. Ich werde diesen jetzt zurückziehen und schulde Ihnen dafür eine Erklärung. Ich möchte damit nicht die Anliegen der Initiative preisgeben, ganz im Gegenteil.

Viele Anliegen dieser Initiative haben heute mehr Unterstützung denn je. Denn als der Bundesrat seine Gesamtschau zur Agrarpolitik veröffentlichte, da wurde klar: Aus der Sicht des Bundesrates ist die Landwirtschaft nicht viel mehr als ein Pfand in neuen Freihandelsverhandlungen, ein Pfand, das der Bundesrat gerne aufgibt, wenn er dafür neue Räume für einen schrankenlosen Freihandel für die Exportindustrie erschliessen kann. Es ist also genau das Gegenteil dessen, was man nach den Diskussionen der letzten Monate erwarten durfte.

Aus dem Sport wissen Sie: Manchmal ist ein Pass seitwärts und das Spiel über die Flanke intelligenter, als blind durch die Mitte zu stürmen. Genau diesen Pass seitwärts spiele ich, Richtung Ständerat. Decken wir heute die Karten nicht auf, dann ist das Gewicht Ihrer aller Redebeiträge umso grösser und die Aufgabe des Ständerates klar, jene Stimmen ernst zu nehmen, welche eine Landwirtschaft von und für Menschen wollen, eine regionale und ökologische, eine solidarische Landwirtschaft, keine Agroindustrie mit schrankenlosem Freihandel.

Nennen Sie dies bauernschlau. Eines kann ich Ihnen versichern: Das Recht, sich für oder gegen diese Initiative auszusprechen, das kann, das will ich Ihnen nicht nehmen. Dieses Recht werden Sie anlässlich der Schlussabstimmung so oder so haben.

L'initiative "pour la souveraineté alimentaire" veut que notre Constitution reconnaisse que l'agriculture nous concerne toutes et tous. Elle veut que nous pensions l'agriculture autrement, non pas simplement comme une autre industrie, mais comme une activité qui contribue fondamentalement à ce qui nous définit: notre nourriture quotidienne, notre paysage précieux.

Le concept de la souveraineté alimentaire veut une agriculture solidaire à l'intérieur de notre pays, mais aussi à l'échelle internationale, un soutien mutuel et solidaire des paysans d'ici et d'ailleurs, et non pas une concurrence à leurs dépens. Cette initiative veut tout simplement plus d'agriculture et moins d'agro-industrie.

Pourquoi alors, bien que membre du comité d'initiative, je retire ma proposition individuelle? Ce n'est pas pour me désolidariser des buts de cette initiative, mais par simple raisonnement tactique. Le Conseil fédéral a présenté sa vue d'ensemble de la politique agricole à moyen terme et il est devenu évident que cette vue d'ensemble va dans une toute mauvaise direction.

En retirant ma proposition, je vous permets de garder vos cartes en main – en cachant votre jeu –, de développer aujourd'hui les arguments pour une autre agriculture, et de donner alors un signal politique clair à la deuxième chambre, à savoir qu'un simple "non" à cette initiative ne va résoudre aucun problème. Il est temps de faire un pas concret vers une vraie agriculture régionale, socialement et écologiquement respectueuse ainsi que solidaire au niveau international.

Dettling Marcel (V, SZ): Wir befinden heute einmal mehr über eine Initiative, welche die Landwirtschaft betrifft. Es scheint, dass die Landwirtschaftspolitik der letzten Jahre nicht die beste ist. Anders ist diese erneute Initiative nicht zu erklären. Sie reiht sich ein in eine Reihe von Initiativen, welche auf landwirtschaftliche Themen Bezug nehmen. Neu an dieser Initiative ist, dass es eine sehr kleine Gruppierung geschafft hat, in der geforderten Zeit die nötigen Unterschriften zu sammeln. Dem gebührt unser Respekt.

Den Initianten geht es um kleinbäuerliche Strukturen. Dieses Anliegen unterstützte die SVP schon immer. Auch wir wollen, dass künftig Familienbetriebe in der Schweizer Landwirtschaft die Regel und nicht die Ausnahme sind. In diesem Punkt sind wir uns einig. Auch dass es in der Schweiz einen Grenzschutz für den Agrarsektor braucht, ist für die SVP sonnenklar. Wegen der Topografie in der Schweiz, also der Grundlage, auf welcher die Schweizer Landwirte arbeiten, können wir uns nie mit Betrieben in Südamerika vergleichen.

Aus diesem Grund ist es umso katastrophaler, dass unser Bundesrat hier die Schleusen in Zukunft öffnen möchte. Der gleiche Bundesrat hat, als die Ernährungssicherheits-Initiative des Bauernverbands behandelt wurde, in diesem Rat noch ausgeführt, dass es mit dem Gegenvorschlag zur Initiative nicht mehr Freihandel geben werde. Das Schweizer Stimmvolk hat in der Folge den Gegenvorschlag mit einem rekordhohen Ja-An-



teil angenommen. Der Schweizer Stimmbevölkerung ist es wichtig, dass unsere Landwirte in diesem Land produzieren können, dass sie gute Lebensmittel

AB 2017 N 1943 / BO 2017 N 1943

produzieren, dass das Tierwohl hohen Standards gerecht wird, und vor allem ist es der Schweizer Bevölkerung wichtig, dass der Selbstversorgungsgrad nicht noch weiter sinkt.

All das hat der Bundesrat mit seinem Bericht zur Gesamtschau zur Agrarpolitik auf 85 Seiten zunichtegemacht. Statt sich Gedanken zu machen, wie der Selbstversorgungsgrad in Zukunft gesteigert werden könnte, wird im Bericht geschrieben, dass man ihn lieber senken möchte. So geht das nicht. Da darf sich derselbe Bundesrat in Zukunft nicht wundern, wenn extremere Initiativen als die heutige kommen und diese dann vor dem Volk sogar noch Chancen haben. Das Stimmvolk schätzt es nicht sonderlich, wenn es an der Nase herumgeführt wird. Vor allem wird hier eine ganze Branche an der Nase herumgeführt. Bauernfamilien, die tagtäglich ihr Bestes geben, um einwandfreie Produkte zu erzeugen, die täglich ihre Tiere und nicht zuletzt unsere schöne Landschaft pflegen, werden hier vom Bundesrat bewusst auf die Schlachtbank geführt.

In der Gesamtschau spricht der Bundesrat von einem zusätzlichen gewollten Bauernsterben von 40 Prozent, von heute 1,8 Prozent auf neu 2,5 Prozent jährlich. Oder anders gesagt, 1300 Betriebe sollen gemäss Bundesrat jährlich ihre Stalltüre für immer schliessen. In welchem Land gibt es das schon, dass die oberste Führung bewusst sagt, dass man in einem Sektor Arbeitsplätze vernichten will? Sonst wird überall das Halleluja für das Schaffen von Jobs angestimmt. Nur in der Landwirtschaft will man mutwillig Jobs zerstören. Nicht mit uns! Wir sind froh um jeden Arbeitsplatz, den es in der Schweiz gibt. Es ist nicht so, dass es in der Vergangenheit wegen der Landwirtschaft zu Blockaden in gewissen Dossiers gekommen ist. Die Landwirtschaft hat in der Vergangenheit immer Hand geboten für Lösungen, für nachhaltige Lösungen, von denen alle etwas haben: der Konsument, die Landwirtschaft, aber selbstverständlich auch die Wirtschaft. Dies muss der Ansatz sein, auch für den Bundesrat. Hier setzt die Initiative an.

Es ist den Initianten hoch anzurechnen, mit welchen Absichten sie ans Werk gegangen sind. Es sind sicherlich nicht die gleichen Ziele, die der Bundesrat in der Gesamtschau zur Landwirtschaftspolitik verfolgte. Hier könnte sich der Bundesrat noch eine Scheibe abschneiden. Leider ist der Initiativtext schlussendlich doch etwas sehr ausführlich geraten und würde dann doch einige sehr starre Vorgaben in die Verfassung schreiben. Deshalb ist die Mehrheit der SVP-Fraktion für die Ablehnung der Initiative, die gut gemeint ist und deren Stossrichtung wir durchaus in mehreren Punkten teilen.

Page Pierre-André (V, FR): L'initiative d'Uniterre "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" allait dans la bonne direction. Au moment où elle a été lancée, la motivation des initiants était fondée. Entre-temps, nos concitoyens et le souverain ont largement plébiscité l'initiative de l'Union suisse des paysans, malheureusement modifiée par le Parlement. Mais elle a été largement soutenue par la population suisse, et nous devons nous battre pour la mise en application de cette initiative. Nous voyons déjà les problèmes auxquels nous serons confrontés par ce simple texte.

Je vais faire un petit retour dans le temps et un petit voyage du côté de Bulle, en pays fribourgeois, Monsieur le conseiller fédéral, et je vais vous rappeler votre visite au Salon suisse des goûts et terroirs, jeudi dernier, dans le chef-lieu gruérien. Je suis convaincu que vous avez pris plaisir à cette visite et que vous avez pu vous rendre compte de l'enthousiasme au travail et de la capacité d'innovation dont font preuve tous les acteurs de la chaîne alimentaire, des paysans producteurs aux artisans créant ou transformant nos produits.

Mais je vais aussi vous rappeler ce que vous avez déclaré: "Je suis ouvert au dialogue. Je suis prêt à discuter avec le moyen paysan. J'organise volontiers une table ronde." Nous aimerions aujourd'hui, tout simplement, que, devant notre chambre, vous nous confirmiez vos propos du salon: nous aimerions pouvoir avoir confiance, car, actuellement, notre confiance est ébranlée.

Voyez-vous, d'abord, le rapport du Conseil fédéral sur la politique agricole 2022 est en totale contradiction avec les souhaits de la population suisse. Le 24 septembre dernier, la majorité des citoyennes et des citoyens a soutenu l'agriculture suisse et a voulu une production de proximité. Mais ce rapport du Conseil fédéral va dans le sens contraire.

Voyez-vous, ensuite, l'initiative déposée par nos collègues paysans, membres d'Uniterre, est importante: elle rappelle et souligne les soucis de notre agriculture au moment où, justement, le Conseil fédéral nous livre son rapport sur le développement à moyen et long termes de l'agriculture en Suisse.

Le groupe UDC soutient toujours, à la quasi-unanimité, les propositions venant du monde agricole. Vous avez pu le constater, la semaine dernière, lors des votes sur le budget et, tout à l'heure, lors du vote sur la "Schoggi-Gesetz". Mais aujourd'hui, après le plébiscite des citoyens suisses pour le contre-projet à l'initiative



de l'Union suisse des paysans – environ 80 pour cent de soutien –, il ne paraît pas très judicieux, aux yeux de la majorité de notre groupe, de soumettre au peuple l'initiative d'Uniterre. La majorité du groupe UDC va donc recommander son rejet, parce qu'elle la trouve excessive.

Monsieur le conseiller fédéral, je reviens sur vos propos tenus la semaine dernière à Bulle. Vous dites comprendre les paysans: je suis alors fort surpris que vous n'ayez pas obtenu de majorité au sein du collège gouvernemental. Vous dites encore être prêt au dialogue, vous avez même suggéré une "soupe au lait de Kappel" pour que, ensemble, nous trouvions une solution à nos problèmes. J'accepte cette invitation et mes collègues du groupe UDC aussi, car nous tous souhaitons une agriculture productrice, une agriculture qui reste aux mains de nos familles paysannes. Je souhaite que vous nous confirmiez aujourd'hui votre ouverture au dialogue. Alors une majorité de notre groupe sera incitée à suivre votre proposition au sujet de cette initiative parlementaire.

Dans notre groupe, le résultat est pour l'heure le suivant: une majorité, 30 voix, proposera le rejet de l'initiative d'Uniterre; une minorité s'abstiendra; et une plus petite minorité encore, 5 voix, proposera d'accepter l'initiative, car elle a de la peine à croire en la bonne volonté du Conseil fédéral.

Le vote de notre groupe signifie que votre message lancé la semaine dernière à Bulle est passé. A vous maintenant de nous confirmer votre volonté de dialogue, à vous de nous démontrer que nous pouvons vous faire confiance. Dans cette optique, le groupe UDC rejettera les propositions de la minorité Jans et de la minorité Glättli.

Birrer-Heimo Prisca (S, LU): In der Frühjahrsession 2016 hatten wir die Debatte über die Volksinitiative "für Ernährungssicherheit"; in der Frühjahrsession 2017 führten wir die Debatte über den Gegenvorschlag zu dieser Initiative. In der Herbstsession 2017 führten wir die Debatte über die Fair-Food-Initiative. Nun, in der Wintersession 2017, führen wir die Debatte über die Initiative zur Ernährungssouveränität.

Zum vierten Mal innert weniger Monate äussere ich mich hier für die SP-Fraktion zu neuen Verfassungsartikeln zum Thema Landwirtschaft und Ernährung. Wohlverstanden, in der heutigen Bundesverfassung hat es bereits einen umfangreichen Artikel dazu. Artikel 104, "Landwirtschaft", sagt klar, dass der Bund zu einer nachhaltigen und auf den Markt ausgerichteten Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet. Die Verfassung fordert die sichere Versorgung der Bevölkerung, die Erhaltung der natürlichen Grundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft; sie fordert ergänzend die Selbsthilfe der Landwirtschaft; sie zeigt auf, welche Massnahmen die Landwirtschaft erwarten kann mit den Direktzahlungen, mit wirtschaftlich lohnenden Anreizen zu naturnahen Produktionsformen; sie enthält Vorschriften zur Deklaration; sie schützt die Umwelt vor Beeinträchtigungen usw. Bereits heute sind im bestehenden Artikel 104 sehr viele wichtige Anliegen aufgenommen. In der Abstimmung vom 24. September 2017 wurde die Bundesverfassung noch mit Artikel 104a ergänzt, der nicht nur die Ernährungssicherheit und den ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln verankert, sondern auch grenzüberschreitende Handelsbeziehungen fordert, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen.

AB 2017 N 1944 / BO 2017 N 1944

Nun soll also die Bundesverfassung ein weiteres Mal mit vielen einzelnen Bestimmungen – dieses Mal unter dem Fokus Ernährungssouveränität – ergänzt werden, dies mit einem ausserordentlich langen Initiativtext, der eine grosse Anzahl unterschiedlicher Forderungen enthält. Auch wenn darin wichtige Anliegen enthalten sind, die notabene von bestehenden Verfassungsartikeln weitgehend abgedeckt werden, enthält die Initiative auch umstrittene Forderungen. Sie will zurück zu einer Agrarpolitik der Vergangenheit mit einer staatlichen Mengen- und Preissteuerung. Eine solche Agrarpolitik ist aber vor 1995 gescheitert.

Die Initiative will den Grenzschutz stärker als Regulierungsinstrument einsetzen. Nur, dieser Grenzschutz kostet heute schon rund 3,5 Milliarden Franken, was die Konsumentinnen und Konsumenten mit höheren Lebensmittelpreisen bezahlen. Das macht rund 1000 Franken pro Haushalt und pro Jahr aus. Zwar sind die Nahrungsmittelkosten für viele Haushalte kein grosser Posten mehr. Menschen mit kleinen Einkommen werden aber stärker getroffen. Die Bäuerinnen und Bauern profitieren jedoch vom Grenzschutz nur wenig: Er kommt in erster Linie den vor- und nachgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette zugute.

Eine stärkere Regulierung über den Grenzschutz führt zu einer noch grösseren Belastung der Haushalte und wird die bereits heute grossen Einkäufe ennet der Grenze weiter befördern. So wird der Grenzschutz zum Anreiz, die Grenze mit der Einkaufstasche zu überwinden. Das kann ja wohl nicht das Ziel sein! Das kann auch nicht die Strategie für eine zukunftsfähige Agrarpolitik sein.

Die SP setzt sich seit vielen Jahren für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die dem Tierwohl, der Umwelt sowie den Interessen der Konsumentinnen und der Produzenten mit ihren Mitarbeitenden gleichermassen



Rechnung trägt und die einer Qualitätsstrategie verpflichtet ist. Auch wir wollen die Lebensmittelproduktion fairer und ökologischer gestalten. Dafür engagieren wir uns im Rahmen agrarpolitischer Vorlagen, beim Gentechnikgesetz oder beim Lebensmittelgesetz.

Die Bundesverfassung bietet bereits heute die Grundlage, um Zielsetzungen wie den Schutz des Agrarlandes, die ökologische Ausrichtung und den nachhaltigen Handel zu erreichen. Die vorliegende Initiative enthält aber einzelne Forderungen, die so noch nicht in der Verfassung verankert sind. Diese haben wir nun mit einem Gegenvorschlag aufgenommen, so das Recht auf eigenes Saatgut, das Gentechnikverbot in der Landwirtschaft, die Stärkung der Marktmacht der Produzenten, minimale Arbeitsstandards sowie die Förderung von Konsumenten- und Produzentengemeinschaften und regionalen Strukturen.

Dass in einer globalisierten Welt wie der heutigen, in der Produkte aus der ganzen Welt fast rund um die Uhr erhältlich sind, die Frage an Bedeutung gewonnen hat, was wir auf unserem Teller haben und wie es produziert wurde, ist offensichtlich. Die agrarpolitischen Diskussionen sind wichtig. Aber dazu brauchen wir nicht unzählige detaillierte Bundesverfassungsbestimmungen. Ich halte es hier mit der Agrarallianz, zu der verschiedenste Produzenten- und Konsumentenorganisationen, aber auch Naturschutzverbände, die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz oder der WWF gehören. Die Agrarallianz hat kurz zusammengefasst Folgendes gesagt: Ernährungssouveränität heisst die Agrarpolitik konsequent weiterentwickeln, den Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative umsetzen und die Uno-Agenda 2030 realisieren. Das haben wir zu tun.

Die SP-Fraktion hat die Vor- und Nachteile der vorliegenden Initiative kontrovers diskutiert. Es gibt sowohl Zustimmung wie Ablehnung. Aber den Gegenvorschlag unterstützen wir klar, und ich bitte Sie, das auch zu tun.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Cette initiative a été lancée dans le sillage des deux autres initiatives en lien avec la souveraineté alimentaire: celle de l'Union suisse des paysans et celle des Verts.

Le Parlement est soucieux de la souveraineté alimentaire et c'est pourquoi il a soutenu le contre-projet à l'initiative de l'Union suisse des paysans, contre-projet qui a été largement accepté par le peuple suisse cet automne. Ce contre-projet se voulait aussi être une réponse aux deux autres initiatives. Dès lors, le groupe vert/libéral estime qu'une réponse à la question de la sécurité alimentaire a déjà été apportée par l'inscription du nouvel article 104a dans la Constitution fédérale.

Si on entre dans le détail de cette initiative, on s'aperçoit que d'autres thèmes, comme celui de l'aménagement du territoire, sont également réglés. Il est évident qu'il faut protéger les terres cultivables et c'est dans ce sens que la loi sur l'aménagement du territoire et le plan sectoriel des surfaces d'assolement ont été révisés. Avec ces révisions, la protection des terres cultivables a été massivement renforcée. Concernant l'aspect organisationnel, ce n'est pas à la Confédération de créer des organisations paysannes, mais c'est aux paysans eux-mêmes de le faire – d'ailleurs, ils le font déjà très bien.

Le prélèvement de droits de douane supplémentaires sur des produits importés non conformes aux règles sociales et environnementales qui prévalent en Suisse me fait penser aux indulgences que l'on s'achetait dans l'Eglise catholique. Se dire: "Je consomme des produits non respectueux de l'environnement et des conditions sociales, mais je m'achète le droit de le faire" est aussi peu éthique que d'interdire de produire du foie gras en Suisse tout en autorisant son importation.

Enfin, ce n'est pas à l'Etat de fixer les prix et d'organiser le stockage et les échanges entre paysans et consommateurs. Cette façon de faire serait celle d'une économie collective. Il existe un terme bien connu en Russie pour définir une économie collective: ce sont les kolkhozes. L'histoire nous a montré que cette manière de faire n'a pas rendu les paysans plus riches et n'a pas non plus permis d'augmenter la production.

Ce n'est pas par des mesures étatiques que l'on résoudra les problèmes des paysans, mais bien par une responsabilisation des consommateurs, car ce sont bien eux qui font la pluie et le beau temps dans ce secteur. Comment expliquer que l'on accepte de dépenser une fortune en essence pour aller économiser trois francs six sous dans l'achat de denrées alimentaires de l'autre côté de la frontière? Les mêmes personnes qui se plaignent d'avoir des salaires trop bas n'ont aucun problème à faire du tourisme d'achat, accentuant du même coup la pression sur les salaires suisses.

En faisant preuve d'un peu de cohérence, c'est-à-dire non seulement en consommant local, en acceptant de payer le juste prix d'une denrée alimentaire respectueuse de l'environnement et des conditions sociales, mais également en gaspillant moins notre nourriture, nul besoin d'un nouvel article constitutionnel.

C'est pourquoi le groupe vert/libéral ne recommandera d'accepter ni l'initiative ni le contre-projet proposé.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Die Grundsätze der grünliberalen Agrarpolitik sind, dass wir eine Landwirtschaft wollen, die mehr Ökologie bietet, die stärker auf den Markt und die Konsumenten ausgerichtet ist, die wettbe-



werbsfähig ist, die fairen Handel ermöglicht und auch einfordert und die den Bauern gute Einkommen generiert. Wir sind nicht auf einem guten Weg. Sie wissen um die Umweltdefizite. Es gibt verschiedene Berichte des Bundesrates, die unmissverständlich aufzeigen, dass kein einziges der Umweltziele der Landwirtschaft erreicht wird. Wir haben hohe Stickstoffüberschüsse, Pestizide, Böden, die belastet sind, Rückstände in Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Uns gibt das zu denken.

Gleichzeitig haben wir abhängige Bauern. Sie sind abhängig von hohen Subventionen, von Vorleistungen und Futtermitteln, Maschinen und Importen, von Investitionsentscheiden, die sie getätigt haben und die sie alles andere als frei machen. Die Bauern erhalten mittlerweile mehr Direktzahlungen, als sie Einkommen generieren. Das ist eine Folge verfehlter staatlicher Subventionen und eine existenzielle Bedrohung für die Bauernfamilien in der Schweiz.

Erstens hat diese Produktion Umweltauswirkungen. Eine Steigerung der Stickstoff- und Phosphoreffizienz und eine Senkung der Ammoniakemissionen ist unumgänglich, weil wir sonst zu hohe Schäden haben – und die Sanierung der verursachten Schäden berappen wir wiederum mit

AB 2017 N 1945 / BO 2017 N 1945

Steuergeldern. Hier besteht ein enormes Potenzial. Die Lösung ist naheliegend. Wir müssen Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen; wir müssen standorteffizienter, ressourcenschonender, ohne Übermechanisierung, ohne Überproduktion und ohne immense Verschuldung produzieren. Es ist also höchste Zeit, dass der Bundesrat vorwärtsmacht. Die heutige Landwirtschaftspolitik ist nicht im Sinne der Bauern, sie ist nicht im Sinne der Steuerzahlerinnen und Konsumenten, sie dient der vorgelagerten Industrie, die an der Verschuldung der Bauern verdient, die Maschinen, Ställe, Futtermittel, Pestizide und Beton verkaufen will.

Wir Grünliberalen haben den Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit" mitgetragen, weil er ein Bekenntnis zum Markt abgibt, zu nachhaltigen Handelsbeziehungen und Importen, zu mehr Ökologie und Kulturlandschutz. Es ist ein Weg für eine Landwirtschaftspolitik, die mehr auf den Markt ausgerichtet ist, die wettbewerbsfähiger ist und anerkennt, dass Handel eine Notwendigkeit ist, ökologischer ist, weil es anders gar nicht möglich ist, das Kulturland und die Lebensgrundlagen zu erhalten. Das ist es, was es in der Landwirtschaftspolitik braucht.

Genauso wenig wie die ursprüngliche Ernährungssicherheits-Initiative, die mutmasslich das Rad zurückdrehen wollte, werden wir den Inhalt der Ernährungssouveränitäts-Initiative unterstützen. Es gibt konkrete Forderungen dieser Initiative, die durchaus unterstützenswert wären: die Ressourcenschonung, der Erhalt der Kulturlflächen, auch die Qualität der Kulturlflächen. Das ist aber bereits auf gutem Weg. Wir haben die bestehende Bundesverfassung, ein Raumplanungsgesetz und den Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative.

Zweitens besteht bereits ein Verbot aller Exportsubventionen, die für die Ernährungssouveränität anderer Länder schädlich sind, insbesondere von Nichtindustrienationen. Da gibt es den WTO-Ministerbeschluss, den wir heute Morgen beraten haben, oder die Möglichkeit, "border tax agreements" abzuschliessen, also eine Bezolung von ökologischer und sozialer Minderqualität vorzusehen. Da gibt es einen Vorschlag, den die SP-Fraktion als Gegenvorschlag zur Fair-Food-Initiative eingebracht hat – die Grünliberalen haben ihn unterstützt. Das sind alles sinnvolle Möglichkeiten. Wir sehen sie aber schon vor.

Dann hat es in dieser Initiative widersprüchliche Anliegen; sie enthält verfassungsrechtlich unklare Begriffe. Was ist bäuerliche Landwirtschaft? Was sind die ökologischen und sozialen Erwartungen der Bevölkerung? Was ist ein gerechter Preis? Warum braucht es eine neue Definition von GVO? Das sind schwierige Fragen.

Drittens beinhaltet diese Initiative klare Rückschritte und Konflikte mit der Agrarpolitik, mit dem Weg, den wir einschlagen wollen und auch sollten. Das ist der Grund, weshalb wir diese Initiative zur Ablehnung empfehlen. Wir wollen keine staatliche Erhöhung der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft und keine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, keine staatliche Festlegung der Preise, und wir wollen nicht auf den Handel einwirken. Wir wollen nicht zurück zu dieser staatlichen Preis- und Mengensteuerung. Wir wollen keine Staatsbauern, wie wir auch keine Staatskonsumenten und keine Planwirtschaft wollen. Das hat mit Souveränität sehr wenig zu tun.

Aus den genannten Argumenten scheint es uns klar zu sein, dass diese Initiative in die falsche Richtung geht. Wir werden sie zur Ablehnung empfehlen und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Ritter Markus (C, SG): Was muss passiert sein, damit die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates eine Volksinitiative mit 0 zu 7 Stimmen – bei einer grossen Mehrheit von 12 Mitgliedern, die sich enthalten – ablehnt? Dieser Frage nachzugehen lohnt sich heute.

Hinter der Initiative "für Ernährungssouveränität" stehen Menschen, die in grosser Verantwortung für unsere Bauernfamilien, für eine nachhaltige Landwirtschaft im In- und Ausland sowie für gesunde Lebensmittel ein



Volksbegehren lanciert und erfolgreich eingereicht haben. Sie wollen, dass die bäuerlichen Familienbetriebe in der Schweiz eine Zukunft haben. Dazu sollen sowohl die natürlichen Ressourcen erhalten als auch die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Lebensmittelproduktion wirtschaftlich eine Perspektive hat. Wir danken dafür, dass wir diese Diskussion hier und jetzt führen können. Der Verfassungsartikel als Ganzes ist aber sehr ausführlich ausgefallen und würde einige doch recht starre Vorgaben in die Verfassung bringen, die nicht einfach umzusetzen wären. Deshalb hat am Schluss in der Kommission niemand der Initiative zugestimmt.

Die CVP-Fraktion wird die Initiative und den Gegenvorschlag mehrheitlich ablehnen, weil am 24. September 2017 ein umfassender neuer Verfassungsartikel für die Ernährungssicherheit von Volk und Ständen angenommen worden ist und wichtige Anliegen, auch der Initiative "für Ernährungssouveränität", in der Verfassung verankert wurden.

Den grössten Teil der sehr vielen Enthaltungen in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates zur Initiative "für Ernährungssouveränität", so auch jene unserer Delegation der CVP-Fraktion, hat aber die Gesamtschau des Bundesrates zur Agrarpolitik vom 1. November 2017 als eigentliche Proteststimmen hervorgerufen. Während die Initianten die Zölle und damit den Grenzschutz für Lebensmittel in der Bundesverfassung verankern möchten, will der Bundesrat diesen ganz oder teilweise abschaffen. Diese Gesamtschau hat in der Schweizer Landwirtschaft einen "schlafenden Riesen" geweckt, wie es vorher kaum je vorgekommen ist. Die Landwirtschaft wurde am 1. November, an Allerheiligen, in vielen Kantonen an einem Feiertag, unerwartet vom Inhalt der Strategie des Bundesrates für die künftige Agrarpolitik überrascht. Die Reaktionen waren und sind vehement. Wir müssen uns der Frage nach dem Warum stellen.

Der 85-seitige Bericht gibt Auskunft über die Strategie des Bundesrates. Die Ausführungen zum Abbau des Grenzschutzes mit Marktöffnung finden sich auf den Seiten 53 bis 59. Speziell interessant ist die Tabelle auf Seite 55 mit den verschiedenen Szenarien. Der Bundesrat bevorzugt das mittlere Szenario mit einem Abbau des Grenzschutzes gegenüber der EU um 50 Prozent, wie der Bundesrat auf Seite 59 in seinem Fazit selber ausführt. Die Schweizer Landwirtschaft würde damit 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken an Wertschöpfung für ihre Produkte verlieren. Dies würde mehr oder weniger direkt auf die Einkommen der Bauernfamilien durchschlagen. Das Sektoreinkommen der Landwirtschaft liegt heute bei rund 2,9 Milliarden Franken. Der Bundesrat geht in seiner Strategie von einem Sektoreinkommen von 2,3 Milliarden Franken aus. Dies wäre ein enormer und nicht zu verkraftender Einkommensverlust für die Bauernfamilien!

Zudem sind die Ausführungen zu möglichen Kosteneinsparungen für die Landwirtschaft sehr vage und nicht greifbar ausgefallen. Als Kompensationsmassnahme schlägt der Bundesrat auf fünf Jahre befristet gesamthaft 900 Millionen Franken an zusätzlichen Direktzahlungen vor, deren Höhe degressiv abgebaut würde. Dies wären im ersten Jahr 300 Millionen Franken, dann 240, 180, 120 und 60 Millionen Franken pro Jahr – und dann keine Gelder mehr.

Ebenfalls ist von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Konsumenten die Rede, damit Ausfälle und Kosten beim Bund zu finanzieren wären. Damit das Gesamteinkommen für die Bauernfamilien gleich bleiben kann, will der Bundesrat den wirtschaftlichen Druck so erhöhen, dass der Strukturwandel um 40 Prozent gesteigert werden kann. Statt 1,8 Prozent, wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, soll der Strukturwandel neu 2,6 Prozent betragen, wie auf Seite 55 des Berichtes nachzulesen ist. Von jährlich 1700 Betrieben, die im Generationenwechsel weitergegeben werden könnten, sollen nicht nur die Hälfte, sondern drei Viertel oder 1370 Betriebe pro Jahr aufgegeben werden. Das Bauernsterben soll die Lösung bringen. Für kleine und mittlere Betriebe ist kein Platz mehr in diesem Land.

Was würde dies für das Emmental, das Berner Oberland, die gesamte Innerschweiz, das Wallis, die Ostschweiz, das Tessin und viele weitere Regionen der Schweiz bedeuten? Hat es je eine Strategie des Bundesrates gegeben, in der das wirtschaftliche Aus von Tausenden von KMU – in zehn Jahren über 12 000 Betriebe – das Ziel war? Ich glaube kaum.

AB 2017 N 1946 / BO 2017 N 1946

Auch diesem Bundesrat wäre eine Welle der Empörung entgegengeschlagen. Dies ist ein Affront, ein Skandal gegenüber all den fleissigen Bauernfamilien, die täglich hart arbeiten, gesunde Lebensmittel produzieren, die Landschaft pflegen, sich um Tiere und Pflanzen kümmern und sehr bescheiden mit wenig Geld auskommen. Auch kleine und mittlere Betriebe sind sehr wertvoll für unser Land. Sie leisten Unglaubliches, vielfach in Verbindung mit einem Nebenerwerb, ziehen eine Familie gross, kümmern sich um ihre betagten Eltern und prägen das Dorfleben mit. Die Bauernfamilien pflegen neben dem Heimbetrieb vielfach auch Sömmerungsflächen, schaffen die Grundlagen für den Tourismus, setzen sich für Kultur und Brauchtum ein und lieben ihren Beruf.



Der Bundesrat hat die Bauernfamilien mit diesen Vorschlägen ins Herz getroffen. Sie lassen sich aber nicht entmutigen und werden kämpfen. Auch wenn es nicht mehr so viele sind, glauben sie fest an ihre Zukunft. Die Bevölkerung sieht täglich, was die Bauernfamilien leisten und welche Mehrwerte sie schaffen. Dieses Vertrauen kam mit der Zustimmung zum neuen Verfassungsartikel 104a am 24. September 2017 eindeutig mit einem Jastimmenanteil von 78,7 Prozent zur Geltung. Noch nie seit der Gründung des modernen Bundesstaates im Jahre 1848 wurde einer Vorlage zur Landwirtschaft derart deutlich durch Volk und Stände zugestimmt.

Sie selbst, Herr Bundesrat, haben im Rahmen der parlamentarischen Beratung am 7. März 2017 hier im Nationalrat einen Bruttoselbstversorgungsgrad von 60 Prozent für die Schweiz gefordert. Ich zitiere: "Wenn ich also vielleicht etwas weniger deutlich nicht vom allerwichtigsten Pfeiler gesprochen habe, dann nehmen Sie mir jetzt bei der Antwort auf diese Frage Folgendes ab: Wenn man 60 Prozent einer Säule zuweisen kann, nämlich der einheimischen Produktion, dann ist das mit jeder Sicherheit das dominante Element. Das wird gepflegt und ausgebaut, und das ist wesentlich für unsere Unabhängigkeit. Es darf kein Zweifel daran sein, dass wir das erreichen wollen." (AB 2017 N 220)

In der Gesamtschau des Bundesrates, nicht einmal fünf Wochen nach der Abstimmung und einem klaren Ja zur Ernährungssicherheit, wird ein Ziel für den Bruttoselbstversorgungsgrad von noch 52 bis 55 Prozent vorgegeben. Wie lange hat eine klare Ansage eines Bundesrates, die notabene im Parlament zuhanden des Amtlichen Bulletins gemacht wurde, heute noch Gültigkeit? Bei uns Bauern hat das gegebene Wort eine hohe Bedeutung. Es gilt mehr als ein Vertrag, es geht um die Ehre. Daran sollte sich auch die Politik messen lassen. Es gilt auch klar festzuhalten, dass aufgrund der internationalen Entwicklung kein Handlungsbedarf besteht, den Grenzschutz für Lebensmittel in der Schweiz niederzureissen. Die WTO-Doha-Runde ist in der einmal angedachten Form klinisch tot. Es gibt nur noch kleine Fortschritte, und beim Marktzugang sind die Industriezölle für viele Länder wie zum Beispiel Indien zu wichtig, als dass sie aufgegeben werden könnten. Die USA sind auf einer sehr protektionistischen Linie. Das transpazifische Abkommen wurde durch Präsident Trump als eine der ersten Amtshandlungen gekündigt, das TTIP wird nicht weiterverhandelt, an der WTO besteht kaum Interesse, und wo immer möglich werden Strafzölle erhoben. Die EU ist mit dem Brexit beschäftigt und ist mit vielen nationalstaatlichen Entwicklungen konfrontiert. Bei Freihandelsabkommen wollen breite Bevölkerungskreise endlich einen nachhaltigen Handel und nicht möglichst viel Profit für einige wenige.

Herr Bundesrat, es gibt keine Notwendigkeit für einen Kahlschlag in der Schweizer Landwirtschaft. Gehen Sie bei der Gesamtschau zur Agrarpolitik nochmals gründlich über die Bücher. Wir brauchen unsere Bauernfamilien. Für sie geht es hier um Sein oder Nichtsein. Die CVP-Fraktion steht zu unseren Bauernfamilien. Wir hoffen, dass diese Botschaft bei Ihnen angekommen ist.

Gössli Petra (RL, SZ): Aus Sicht der FDP-Liberalen Fraktion ist die Ablehnung der Initiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" zu empfehlen. Im Weiteren bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Jans ebenfalls abzulehnen.

Die Artikel 104 und 104a der Bundesverfassung bilden bereits eine ausreichende Basis für die Schweizer Landwirtschaftspolitik. Mit dem Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative, den die FDP-Liberale Fraktion klar mitgetragen hat, hat der Souverän mit einem Jastimmenanteil von über 78 Prozent bereits einem umfassenden Gesamtkonzept zugestimmt, das nun in der Bundesverfassung verankert ist. Dazu gehören die Sicherung des Kulturlands, eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion und eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Es braucht keine weitere Initiative.

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative schiesst über das Ziel hinaus. Sie vermischt verschiedene Fragen und Aspekte der Landwirtschaftspolitik. Es geht in der Initiative nicht einfach nur darum, die Ernährungssouveränität im klassischen Sinn zu stärken, indem dem Staat zusätzliche Instrumente zur Verfügung gestellt werden, damit er selbst über seine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik bestimmen kann. Das können wir heute bereits tun. Vielmehr will sie die Inlandproduktion weiter stärken, indem sie die Landwirtschaft zu mehr Protektionismus und Planwirtschaft führt. Die Initiative fordert eine weitreichende Abschottung unseres Agrarmarkts vom Rest der Welt, dies nicht nur in eine, sondern in beide Richtungen. Die Grenze und die Zölle werden zum entscheidenden Regulierungsinstrument. Die Initianten legen zusätzlich mit "einträglich", "gesund" und "vielfältig" die Art der inländischen Produktion und mit "unter sozialen und ökologischen Bedingungen" auch die Weise der inländischen Produktion fest. Die Art der Produktion wird noch weiter eingeeengt, indem die Initiative ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen vorsieht. Das betrifft aber nicht nur Pflanzen und Tiere, die ja mit dem Moratorium in der Schweiz sowieso schon verboten sind; vielmehr würde das auch Futtermittel, Pflanzenschutzmittel und Dünger betreffen.

Ich habe für die Diskussion, die mit den verschiedenen Initiativen – der Ernährungssicherheits-Initiative, der Fair-Food-Initiative, der Hornkuh-Initiative und der vorliegenden Ernährungssouveränitäts-Initiative – angestos-



sen wurde, Verständnis. Die Initiativen haben viele Berührungspunkte gemeinsam. Durch die Zustimmung zum Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative wurde aber Hand geboten, um die Sorgen, die in der Landwirtschaft herrschen, lindern zu können.

Nun geht aber die Ernährungssouveränitäts-Initiative einen Weg, der faktisch in der Bevormundung der Landwirte endet. Die Initiative verlangt zum Beispiel gesicherte Löhne in der Landwirtschaft. Damit nimmt man aber den Bäuerinnen und Bauern jeglichen Anreiz, ihren Betrieb wirtschaftlich zu führen und auf Gewinn auszurichten. Zusätzlich soll die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen erhöht werden. Auch das ist Planwirtschaft.

Kurz: Diese Massnahmen widersprechen dem liberalen Wirtschaftssystem der Schweiz, wie es auch in Artikel 27 der Bundesverfassung festgehalten ist. Diesen Grundsatz hält die FDP hoch. Vor allem aber steht die FDP dafür ein, dass wir die Chancen nutzen, die uns die Zukunft bietet. Statt unsere Landwirte aber für die Zukunft zu wappnen und ihnen Instrumente und Rahmenbedingungen zu bieten, mit denen sie Eigenverantwortung übernehmen und innovative Ideen umsetzen können, wird unsere Landwirtschaft mit dieser rückwärtsgewandten Initiative im wahrsten Sinn des Wortes "verballenbergisert". Sie verunmöglicht unseren Landwirten den Schritt in die Zukunft.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der FDP-Liberalen Fraktion, die Initiative und den Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Lüscher Christian (RL, GE): J'abonde dans le sens de notre présidente de parti. Le groupe libéral-radical propose en effet de recommander le rejet de l'initiative et de ne pas entrer en matière sur le contre-projet.

L'initiative, cela a déjà été dit mais mérite d'être répété, pose un certain nombre de problèmes de forme en raison d'une absence, me semble-t-il, d'unité de la matière. On voit que l'initiative mélange plusieurs sujets qui n'ont rien à voir les

AB 2017 N 1947 / BO 2017 N 1947

uns avec les autres. D'un côté, il est question de l'interdiction du génie génétique et, de l'autre, de l'amélioration des conditions de travail, qui relèvent à la fois du droit des assurances sociales et du droit du travail. On parle en outre de meilleure protection des terres cultivables, à savoir un domaine qui relève du droit de l'aménagement du territoire, sans compter, encore, la question de l'augmentation de la protection douanière, qui relève à la fois du droit international et des relations transfrontalières.

Tout le monde le sait, le Parti libéral-radical a massivement soutenu le contre-projet à l'initiative "pour la sécurité alimentaire" de l'Union suisse des paysans. Il a fait campagne pour son acceptation par le peuple et les cantons et fait donc partie de ceux – il n'est pas le seul, il faut bien le reconnaître – qui ont obtenu un résultat extrêmement favorable de la part de la population, qui a ainsi transmis un message très clair en faveur de la protection du monde agricole.

Cet article constitutionnel, qui a été plébiscité par le peuple et les cantons le 24 septembre 2017, donne la mission à la Confédération d'encourager les exploitations paysannes et l'agriculture suisse. Si des correctifs ou des améliorations sont voulues par le monde paysan, c'est dans ce cadre que ces propositions doivent être faites. Il y a plusieurs véhicules législatifs: la loi, le budget et les messages agricoles. Selon le groupe libéral-radical, il est faux de vouloir surcharger la Constitution d'envoies lyriques en faveur du monde paysan. Soyons honnêtes, cela relève du blanchissement de conscience.

D'ailleurs, l'Union suisse des paysans avait déclaré que, par l'adoption de l'article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, toutes les autres initiatives devenaient superflues, pour ne pas dire obsolètes, puisque, je le répète, les exigences de l'Union suisse des paysans ont été entièrement satisfaites par l'adoption de l'article 104a de la Constitution.

Nous sommes d'accord avec cette appréciation, et vous demandons, en conséquence, de recommander le rejet tant de l'initiative que du contre-projet.

J'aimerais également mettre en garde ceux qui veulent utiliser l'initiative et le contre-projet sur lesquels nous sommes en train de nous prononcer comme outil contre le rapport du Conseil fédéral sur la politique agricole dès 2022. Il s'agit de deux choses complètement différentes, étant précisé que le Conseil fédéral a, par son rapport, voulu se projeter dans l'avenir, apporter un certain nombre de réflexions qui paraissent tout à fait normales et fondées. Le Conseil fédéral a le droit de réfléchir à des mesures pour l'avenir du pays.

Il n'y a pas ceux qui, d'un côté, aiment l'agriculture, veulent la protéger et seraient en faveur de l'initiative "pour la souveraineté alimentaire", et, de l'autre, ceux qui sont contre le monde agricole et qui voudraient plaider contre cette initiative. Il y a beaucoup de passion dans le débat, mais ne le prenons pas en otage pour l'utiliser contre le Conseil fédéral, qui, je le répète, n'a fait que proposer des éléments de réflexion.



Proposons le rejet de l'initiative et refusons le contre-projet.

Schelbert Louis (G, LU): Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" will eine bäuerliche, lokale Landwirtschaft bevorzugen und eine vielfältige, GVO-freie Landwirtschaft erhalten. Das wollen wir Grünen auch. Die Initiative zielt auf faire Preise und gerechte Landwirtschaftseinkommen, und sie fordert gesunde Lebensmittel, deren Produktion die natürlichen Ressourcen schont und die den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung entsprechen. Das wollen wir Grünen ebenfalls. Die Initiative verlangt, die lokale und regionale Verarbeitung der Agrarprodukte seien zu fördern, und damit auch Verarbeitungsbetriebe und ihre Wertschöpfung. Auch damit sind wir einverstanden. Weiter stehen die Grünen wie die Initianten für eine bessere Rückverfolgbarkeit der Produkte ein und wollen das Recht der Bauernsamen am Saatgut gewährleisten. Die Erhaltung der Kulturlandschaft ist das Kernanliegen der Zersiedelungs-Initiative der Jungen Grünen, und diese Initiative wird schon bald hier verhandelt.

In einem Satz: Wichtige Inhalte der Volksinitiative entsprechen agrarpolitischen Programmpunkten der Grünen. Gross sind die Sympathien in der Fraktion und in der Partei. Das hängt auch damit zusammen, dass die Fair-Food-Initiative von uns Grünen diverse dieser Anliegen enthält. Vor allem verlangt sie einen fairen internationalen Agrarhandel, und das ermöglicht auch die Ernährungssouveränitäts-Initiative.

Die offizielle Politik lässt bei vielen dieser Punkte Fragen offen. Ein Beispiel sind Ökologie und Nachhaltigkeit. Es liegen diverse korrekte Analysen der Verwaltung über ökologische Mängel im Agrarbereich vor: Zersiedelung der Landschaft, Bodenverdichtung, Überdüngung, starke Belastung mit Pestiziden, überdüngte Mittel- und Seen, manche mit künstlicher Belüftung, Bäche und Flüsse mit Giftcocktails, Grundwasser mit Stoffen, die dort nicht hingehören. Die Landwirtschaft ist objektiv gesehen mitverantwortlich für die Luftverschmutzung und das Verschwinden der Biodiversität usw. usf.

Um die Situation zu verbessern, hat der Bundesrat Ziele formuliert. Und was hat sich seither geändert? Fast nichts. Es wurde die Agrarpolitik 2018–21 beschlossen, und vor Kurzem hat der Bundesrat eine Gesamtschau zur Landwirtschaft veröffentlicht. In diesen neueren Dokumenten werden plus/minus dieselben ökologischen Mängel konstatiert und in etwa die gleichen Ziele formuliert. Doch mit zu wenig verbindlichen Massnahmen bessert sich die Lage nicht. Kein Wunder, werden im Bereich Ernährung und Landwirtschaft so viele Volksinitiativen lanciert.

Ein zweites Beispiel: Die Bundesverfassung verlangt, dass der Bund Voraussetzungen für grenzüberschreitende Handelsbeziehungen schafft, die zur nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft beitragen. Das gilt seit September 2017. Das Gleiche sagt auch der Weltagrарbericht, und die Schweiz hat dies mit den Nachhaltigkeitszielen der Uno sogar unterschrieben. In der Gesamtschau und auch in der Botschaft zur Initiative findet sich dazu kaum etwas. Wann findet der Eingang in die Politik des Bundesrates? Sicher ist: "Weiter wie bisher" ist keine Option.

Den Befreiungsschlag sieht der Bundesrat nun in weniger Grenzschutz und mehr Freihandel. Das ist der Kern seiner Gesamtschau. Für zu viele Betriebe wäre das ein Verhängnis, besonders in Hügel- und Bergzonen. Was würde das für die Ökologie und die übrigen Wirtschaftsbereiche bedeuten? Das weiss niemand wirklich. Ein neuerer Bericht der GPK sagt dazu: Die Nachhaltigkeit von Freihandelsabkommen wurde noch nie überprüft. Diese Überprüfung muss endlich erfolgen. Noch einmal: "Weiter wie bisher" ist keine Option.

Ernährungssouveränität ist wichtig, auch für die Bauern und ihre Organisationen im Süden, welche für eine ökologische, auf die lokalen Märkte ausgerichtete Landwirtschaft eintreten. Sie ist das Konzept, um den globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Nahrungsmittelknappheit wirkungsvoll zu begegnen. Die Landwirtschaft braucht eine neue Ausrichtung, dringend und weltweit. Das würde die Initiative bringen. Deshalb hat die grosse Mehrheit unserer Fraktion so grosse Sympathien für sie. Das ist auch beim Minderheitsantrag Jans für einen Gegenvorschlag der Fall. Er nimmt einige Punkte der Initiative auf. Die grüne Fraktion unterstützt ihn, weil seine Richtung stimmt.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): L'initiative "pour la souveraineté alimentaire" a un défaut: elle réunit un grand nombre de points très différents dans un seul texte, des points très divers avec lesquels on peut être plus ou moins d'accord. Cependant, son orientation générale est claire: elle vise à instaurer une agriculture plus durable, du point de vue écologique, économique et social. Il s'agit en effet d'encourager une agriculture localement ancrée, diversifiée et exempte d'OGM. Il s'agit aussi d'assurer aux agriculteurs un revenu décent, afin de maintenir un nombre suffisant d'exploitations dans notre pays. Enfin, il s'agit d'assurer des échanges commerciaux internationaux plus équitables, de manière à éviter le dumping écologique et social. Ces objectifs généraux coïncident avec la vision que les Verts défendent, c'est la raison pour laquelle la majorité de notre groupe est globalement favorable à ce texte, même si certains de ses points nous convainquent moins que



d'autres.

AB 2017 N 1948 / BO 2017 N 1948

Il est vrai que les politiques agricoles ont récemment été réorientées dans la bonne direction, notamment du point de vue écologique. Des paiements directs mieux ciblés doivent encourager une agriculture plus respectueuse des ressources et de notre environnement. Malgré cela, on est loin du compte. En 2016, un rapport du Conseil fédéral montrait qu'aucun des treize objectifs environnementaux fixés en 2008 pour l'agriculture n'avait été atteint. Il n'est donc pas inutile de réclamer, une fois encore, une production agricole ménageant les ressources naturelles. Par ailleurs, même si la question de l'exclusion des cultures OGM est réglée jusqu'ici dans le cadre d'un moratoire plusieurs fois renouvelé, nous savons tous qu'il faudra un jour se prononcer à plus long terme. Le texte, en défendant une agriculture paysanne et diversifiée, explicitement sans OGM, aurait l'avantage de clarifier la situation. L'initiative aborde en outre de manière judicieuse la question des aliments pour animaux, qui constituent un problème écologique majeur, puisque nous importons de grandes quantités de protéines végétales issues d'une agriculture peu respectueuse de l'environnement et destructrice de l'agriculture paysanne dans d'autres pays.

D'un point de vue économique et social, l'initiative cherche à instaurer plus de transparence et d'équité sur le marché agroalimentaire. Nos paysans subissent de fortes pressions: leurs revenus sont modestes et ils restent soumis à la concurrence de denrées alimentaires importées à bas prix, souvent peu recommandables d'un point de vue écologique et social.

C'est très simple: 45 pour cent des exploitations agricoles ont disparu depuis 1990. Quand cela s'arrêtera-t-il? Nous ne pouvons rester insensibles à la situation de nos agriculteurs, ce d'autant plus que le peuple a adopté à près de 80 pour cent le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire.

L'initiative propose plusieurs pistes. On peut être plus ou moins d'accord avec l'une ou l'autre, mais personne ne peut nier le fait qu'il existe un problème, que ce soit en matière de rémunération correcte des agriculteurs ou de dumping écologique et social. L'introduction, dans le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, d'une exigence de contribution des relations commerciales transfrontalières au développement durable de l'agriculture et du secteur agroalimentaire ne constitue malheureusement pas une réponse.

En effet, les projets du Conseil fédéral pour la politique agricole après 2022 la contredisent frontalement. Il est prévu de fragiliser les instruments qui permettent aujourd'hui de maintenir un minimum sous contrôle le dumping écologique et social menaçant notre agriculture locale. Le Conseil fédéral, dans son rapport, ne dit rien des mesures d'accompagnement qui pourraient préserver, dans un tel contexte, les acquis écologiques ou en matière de protection des animaux de notre agriculture. Une telle politique aurait en outre pour effet de condamner un grand nombre d'exploitations, en particulier en montagne, où elles sont de plus petite taille. Celles qui survivraient seraient contraintes de se tourner vers des activités intensives, alors que les consommateurs et les citoyens suisses sont attachés à une agriculture paysanne de proximité, respectueuse des personnes, des animaux et de l'environnement.

Nous devons donner un signal fort contre une agriculture industrielle et déconnectée des terroirs, que la population suisse a toujours voulu éviter. Ce signal est aujourd'hui incarné par deux initiatives: l'initiative "pour des aliments équitables", portée par les Verts, et celle pour la souveraineté alimentaire, dont nous débattons ce jour. La majorité du groupe des Verts y est globalement favorable et vous recommande, puisque la proposition Glättli a été retirée, de soutenir la minorité Jans en faveur du contre-projet, qui a le grand avantage de se concentrer sur les points les moins contestés du texte.

Béglé Claude (C, VD): La défense du monde paysan et de ses valeurs impliquant la possibilité de mener une vie décente est une priorité pour notre pays. Combien d'agriculteurs n'ont-ils pas l'impression, à tort ou à raison, d'avoir été un peu abandonnés, voire laissés pour compte, par le reste de notre société devenue de plus en plus citadine?

Ce qui compte, c'est que ceux qui ont choisi de travailler la terre puissent le faire en se sentant respectés et valorisés. Bien sûr, il n'est pas facile, dans un pays comme le nôtre, plutôt petit, morcelé et comprenant beaucoup d'obstacles naturels, d'atteindre des niveaux de productivité similaires à ceux des plaines de la Beauce ou de la Roumanie, mais nos agriculteurs ont le sens du travail bien fait. Que ce soit par tradition ou pour répondre aux exigences de notre réglementation, souvent l'une des plus sévères qui soient, ils s'efforcent d'atteindre un niveau de qualité supérieur à la moyenne. Que d'efforts déployés pour entretenir une certaine diversité et la beauté du paysage! Ce sont des coûts que n'ont pas leurs voisins, et le fait de pouvoir consommer ce qui a été produit localement et selon des standards bio est un véritable privilège.

Mais comment justifier à sa juste valeur ce supplément d'efforts et de minutie pour atteindre un niveau de



qualité à ce point supérieur à la moyenne? Certains ont parfois le sentiment d'un marché de dupes, d'où une partie des revendications contenues dans le texte de l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous."

Jusque-là, on comprend aisément le bien-fondé des revendications des initiants.

Mais il leur faudrait en même temps faire attention à ne pas aller trop loin. Si l'initiative part sans doute d'une bonne intention, il ne faudrait pas, par contre, qu'elle nous mène à nous focaliser sur les seuls intérêts du monde agricole. Avec 52 263 exploitations, l'agriculture suisse a occupé l'an dernier quelque 153 359 personnes, à savoir un peu plus de 2 pour cent de la population suisse. Cette même agriculture a contribué à hauteur de 0,75 pour cent au produit intérieur brut de notre pays. Ce qui est plus marquant encore, c'est qu'elle n'a contribué, entre 1995 et 2013, qu'à hauteur de 4 milliards de francs à la valeur ajoutée brute de l'économie suisse, contre 635 milliards pour l'ensemble de celle-ci.

Notre agriculture a besoin d'être soutenue, et ceci n'est pas à remettre en question. Mais il y a des limites à l'effort consenti par la collectivité publique. Il convient de trouver un équilibre entre l'ensemble des protagonistes de notre économie nationale. Ceci est notamment vrai en matière de commerce international. Certes, si la Suisse décidait, contre toute attente, d'adopter la politique agricole commune de l'Union européenne, cela entraînerait probablement un recul de notre production indigène d'environ 50 pour cent et une chute des prix agricoles d'un même ordre de grandeur, d'où le refus compréhensible de nos agriculteurs d'envisager un tel scénario et d'où le protectionnisme dont l'initiative pour la souveraineté alimentaire fait preuve.

L'initiative prévoit de prélever des droits de douane, de réguler les volumes d'importation, voire d'interdire certains types d'importation. Dans le même ordre d'idées, elle propose de "fixer des normes de qualité indépendamment des normes internationales". Et c'est bien là que le bât blesse, car en cela l'initiative va trop loin, ce qui fait qu'elle est inacceptable. Il faut en effet permettre à l'ensemble des secteurs de notre économie de s'épanouir, ne fût-ce que pour participer directement ou indirectement à l'effort de financement de notre agriculture nationale. Or, la prospérité d'une bonne partie de nos entreprises dépend de leur capacité d'exportation.

Qu'il s'agisse du domaine de la pharmacie, des machines de précision, de l'horlogerie ou de tant d'autres domaines, c'est à l'étranger que se fait l'essentiel des ventes, et par conséquent de là que vient notre prospérité. Pour toutes ces entreprises, qu'elles soient des multinationales ou des PME, il est essentiel que leurs activités à l'étranger puissent se développer dans le cadre d'accords de libre-échange, d'accords de protection des investissements et/ou de double imposition.

Comment résoudre désormais cette quadrature du cercle, à savoir protéger au mieux notre agriculture tout en permettant l'épanouissement de la partie la plus significative de notre économie? Ici devrait primer l'intérêt du plus grand nombre de nos concitoyens. Ainsi en va-t-il dans un système démocratique. Il serait dangereux de brider le développement de

AB 2017 N 1949 / BO 2017 N 1949

la majorité des forces vives de notre économie, la notion de proportionnalité doit prévaloir.

A cela s'ajoute une autre réflexion: pour qu'un accord soit équitable, donc durable, il est nécessaire que les deux parties puissent en tirer un avantage. Nous sommes un pays qui réussit du fait de sa haute technologie, d'une forte compétence professionnelle et qui a, par conséquent, des salaires élevés. Cela nous ouvre d'intéressantes avenues, tandis que nous sommes par définition moins concurrentiels dans des domaines à plus faible valeur ajoutée; c'est un fait. Alors, concentrons-nous là où nous sommes bons, pas seulement sur les robots et les médicaments, mais aussi sur les fromages AOP ou les cultures bio, par exemple, et laissons à d'autres le droit de nous fournir ce qu'ils sont en mesure de produire naturellement à meilleur compte. A de nombreux égards, la Suisse est à la pointe de l'innovation. Elle sait ce que veut dire vivre avec son temps. Il ne nous servira pas à grand-chose d'essayer de nager contre le courant, c'est pourquoi les initiants réclamant la souveraineté alimentaire feraient bien de mettre un peu d'eau dans leur vin.

Grossen Jürg (GL, BE): Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" würde man besser Volksinitiative "für Abschottung und Planwirtschaft" nennen, denn genau darum geht es. Unter dem Deckmantel der Ernährungssouveränität sollen die Grenzen hochgezogen werden, und der Staat soll mehr Kontrolle über unsere Bauernbetriebe übernehmen. Das ist kein erfolversprechender Weg, dessen bin ich mir sicher. Zwar unterstütze ich, als Berner Oberländer, aus Überzeugung eine grundsätzlich auf regionale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft. Ich bin überzeugt, dass diese nachhaltige Landwirtschaft eine erfolgreiche Zukunft vor sich hat. Dafür braucht es aber nicht noch mehr staatliche Überregulierung und auch nicht noch mehr Protektionismus – das passt nicht zur Schweiz.



Was wir hingegen brauchen, sind innovative Bauernbetriebe und gutinformierte Konsumentinnen und Konsumenten. Dann werden sich unsere hochwertigen Landwirtschaftsprodukte nämlich einerseits im Schweizer Markt durchsetzen, andererseits können sie auch zu guten Preisen exportiert werden. Schweizer Qualität ist auch bei Landwirtschaftserzeugnissen im Ausland gefragt.

Die Initiative zielt jedoch genau in die entgegengesetzte Richtung: Sie verlangt, dass der Staat noch tiefer in die landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen eingreift und zusätzliche Vorgaben macht. Beispielsweise soll der Staat – neben zahlreichen anderen, sicherlich gutgemeinten Forderungen – dafür sorgen, dass mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft geschaffen werden; ein Unterfangen, welches die technologische und wirtschaftliche Entwicklung ausblendet. Den Staat damit zu beauftragen, gegen diese Entwicklung anzutreten, ist sicherlich nicht zielführend. Vielmehr sollten innovative neue Lösungen gesucht werden.

Die Initiative will weiter den Markt noch stärker einschränken und den Handel mittels Zöllen fast gänzlich ausschalten. Unter dem Strich würde der Wettbewerb nahezu ganz beseitigt, um der Planwirtschaft Platz zu machen. Mit diesem Vorgehen würden wir der Innovationskraft der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schaden. Leidtragende würden die vielen innovativen Bauernbetriebe sein, vor allem aber auch die Konsumentinnen und Konsumenten. Denn überall, wo der Staat den Wettbewerb ausschaltet, steigen die Preise, und sowohl die Qualität wie auch die Vielfalt sinken. Zwar könnten wir mit dieser Initiative den Unternehmen die Importe verbieten, die Konsumentinnen und Konsumenten würden dann wohl aber vermehrt über die Grenze zum Einkaufen gehen. Die Initiative würde so zum schädlichen Bumerang, unter welchem der Detailhandel, aber auch der Tourismus und die Gastronomie stark leiden würden.

Wir brauchen nicht noch mehr Staat in der Landwirtschaft. Lehnen Sie die Volksinitiative "für Abschottung und Planwirtschaft" ab.

Nicolet Jacques (V, VD): Que d'éloges j'ai entendus ce matin dans cette enceinte à l'égard du métier que je pratique! Je souhaiterais que quelques-uns d'entre vous soient animés du même sentiment lors de certains votes sur des sujets agricoles.

La récente votation populaire sur le projet relatif à la sécurité alimentaire, accepté à plus de 80 pour cent des suffrages, devait certainement nous appeler à recommander le rejet de la présente initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire". Tout indiquait que j'allais m'opposer à cette initiative excessive. Toutefois, le récent rapport du Conseil fédéral sur sa stratégie de politique agricole 2022 a suffisamment ébranlé le monde paysan pour qu'il fasse une analyse nouvelle de la situation, la récente initiative populaire "pour la sécurité alimentaire" de l'Union suisse des paysans ayant été, je le rappelle, retirée au profit d'un contre-projet validé par le peuple. J'avoue que, "sur ce coup-là", Monsieur le conseiller fédéral, vous avez été très fort en réussissant à lancer de la poudre aux yeux des membres de l'Union suisse des paysans qui, en toute bonne foi, vous ont cru et vous ont fait confiance. Trop confiance!

Durant cette période, vos services – l'Office fédéral de l'agriculture (OFAG) – rédigeaient déjà un rapport sur la stratégie du Conseil fédéral sur la politique agricole dès 2022 sans aucunement consulter les organisations paysannes et indépendamment du choix populaire. A la lecture de ce rapport, je me demande très honnêtement si à l'OFAG, on n'a pas la lumière à tous les étages, tant avec ce rapport, on va droit dans le mur par une volonté d'ouverture sur les marchés simplement excessive et incompatible avec les structures agricoles suisses, et tant ce rapport ne tient pas compte du choix fait par le peuple lors de la votation du 24 septembre dernier.

Alors, aujourd'hui, nous avons le choix de recommander une initiative certes excessive, mais qui pourrait contraindre le Conseil fédéral et l'OFAG à réviser ce rapport, qui n'est qu'un affront envers l'agriculture et les familles paysannes.

L'agriculture suisse génère, je vous le rappelle, 150 000 emplois directs et 150 000 emplois induits. Pensez-vous vraiment que ces emplois dans la transformation et la commercialisation de produits agricoles de proximité puissent être maintenus avec la vision du Conseil fédéral? Non, évidemment pas. L'ouverture des frontières conduira à l'importation massive de produits déjà transformés, conditionnés et prêts à être consommés.

Nous aurions la possibilité, avec cette initiative, de donner un message fort au Conseil fédéral, qui se moque du monde paysan, qui pourtant nourrit la population, je vous le rappelle, à hauteur de 50 pour cent. C'est certes une discussion de riches que nous avons, car notre assiette est pleine trois fois par jour. Mais la discussion porte sur la manière de remplir cette assiette. Cette discussion est maintenant nécessaire et, pour moi, cette initiative permettrait de reprendre ces débats.

Monsieur le conseiller fédéral, vous avez trompé le monde paysan et vous voulez maintenant l'humilier. Le paysan a la peau dure, il sait faire le gros dos et laisser passer l'orage, mais il n'oublie pas. Revenez sur terre,



Monsieur le conseiller fédéral, et engagez de vraies discussions avec les représentants du monde paysan!

Müller Walter (RL, SG): Bevor man sich für ein Ja oder ein Nein zu dieser Initiative entscheidet, sind folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist gut gemeint auch immer richtig? Leider nein.
2. Kann man einen Wirtschaftszweig, in diesem Fall die Landwirtschaft, von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln? Aus fünfzig Jahren Erfahrung in der Landwirtschaft kann ich klar sagen: Nein, das ist unmöglich. Wir könnten geradeso gut beschliessen, dass das Wasser des Rheins zukünftig aufwärts fließen müsse. Möglicherweise könnte die Entwicklung verzögert werden, mit dem Resultat einer extremen Verunsicherung in der Landwirtschaft. Es besteht die Gefahr, dass sich die Tüchtigsten von der Landwirtschaft abwenden, und einmal verlorenes Wissen kann nicht einfach zurückgeholt werden.
3. Kann man das Ziel der Ernährungssouveränität mit dieser Initiative erreichen? Nein. Wenn die kleinbäuerlichen Strukturen, oft Nebenerwerbsbetriebe – das würde sich dann so ergeben – gefördert werden, steigt die Produktivität nicht.

AB 2017 N 1950 / BO 2017 N 1950

Zusammenfassend muss ich leider sagen: Gut gemeint ist nicht gut genug. Aber – jetzt kommt das Aber – auch wenn ich zu dieser Initiative klar Nein sage, heisst das nicht, dass ich mit der aktuellen Agrarpolitik zufrieden bin. In einem Punkt haben die Initianten zu hundert Prozent Recht: Sie stellen die notwendigen Fragen zur künftigen Landwirtschaft, zur künftigen Landwirtschaftspolitik.

Nach mehreren Gesetzesrevisionen ist noch immer nicht klar, welche Landwirtschaft wir wollen. Immer mehr Köche wollen mitkochen, und das Menü wird ungeniessbar. Das federführende Departement ist eigentlich zu bedauern. Jedes Bundesamt, jedes Departement will mitkochen, und das kann nicht gutgehen.

Wir haben in der aktuellen Agrarpolitik zwei zentrale Schwächen, oder sagen wir besser: Hypothesen. Seit Beginn der neuen Agrarpolitik gilt das Credo: mehr Markt, weniger Staat. So weit, so gut. Dieser Forderung kann ich zustimmen. Aber das Credo scheitert an der politischen Realität. Die geforderte Marktfähigkeit der Landwirtschaft wird durch den Staat übersteuert; das haben wir heute in zahlreichen Reden immer wieder gehört. Wir haben einerseits sozusagen eine politische Marktdefinition, sprich Marktnachfrage, und andererseits eine reale Marktnachfrage. Das ist ein schwerwiegender ökonomischer Zwiespalt. Die Landwirtschaft ist, sinnbildlich gesprochen, mit wirtschaftlich angezogener Handbremse unterwegs. Das muss korrigiert werden. Nun zur zweiten Schwäche oder Hypothek: Immer wieder wird der Landwirtschaft der hohe Grenzschutz vorgeworfen. Gerne vergisst man aber, dass die Löhne den besten Grenzschutz geniessen. Mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit haben wir die Löhne unter Schutz gestellt. Erlauben Sie mir dazu eine kleine Rechenübung. Wenn wir davon ausgehen, dass seit Einführung der flankierenden Massnahmen der Lohnschutz pro Jahr die Löhne um 1 Prozent verbesserte, so bedeutet das gut und gerne 10 Prozent höhere Löhne seit Einführung des Grenzschutzes für Löhne. Bei einer geschätzten jährlichen Lohnsumme von 250 bis 300 Milliarden Franken bedeutet das 25 bis 30 Milliarden Mehrkosten pro Jahr. Da sage ich Kollege Jans: Das müssen dann die Working Poor und AHV-Bezüger auch mitfinanzieren. Verstehen Sie mich richtig: Ich habe nichts gegen gute Löhne einzuwenden. Nur, von diesen Mehrkosten ist auch die ganze Nahrungsmittelproduktion, vom Feld bis auf den Teller, betroffen.

Die einfache Schlussfolgerung daraus wäre: Schweizer Löhne gleich Schweizer Preise für Nahrungsmittel. Wenn wir künftig etwas mehr über den Wert der Nahrungsmittel reden und weniger nach dem Preis fragen, dürfte es in die gute Richtung gehen. Grenzschutz für Löhne verlangt nach Grenzschutz für Agrarprodukte; so einfach ist das. Oder wollen Sie etwa den Grenzschutz für Löhne abschaffen?

Bendahan Samuel (S, VD): Je souhaiterais, par cette intervention, tenter de vous convaincre de soutenir le contre-projet direct à l'initiative. En effet, l'initiative et le contre-projet visent un but noble, celui de défendre une catégorie de personnes qui ont souvent la vie difficile et souvent des revenus inacceptables, trop bas, et des conditions de travail qui ne sont pas acceptables non plus. Toutefois, malheureusement, l'initiative propose une série de mesures très diverses et certaines d'entre elles, à mon avis, ne vont pas dans le bon sens pour tenter de réellement aider non seulement les paysans, mais aussi les autres acteurs impliqués dans le commerce de l'alimentation.

Le contre-projet, lui, propose des choses très bien. Par exemple, il reprend l'idée de l'initiative visant à protéger les semences libres, c'est-à-dire à donner ce droit fondamental aux paysans consistant à garder le contrôle des semences. C'est un enjeu majeur de demain et c'est pour cela que je vous invite, même si vous souhaitez recommander le rejet de l'initiative, à soutenir le contre-projet, pour protéger ce droit, pour nos paysans et pour notre économie. Ce droit nous protège aussi, dans la logique du principe de prudence, contre les organismes



génétiquement modifiés. L'initiative tout comme le contre-projet le proposent, mais le contre-projet a l'avantage de le faire sans retenir les autres mesures de l'initiative avec lesquelles vous pourriez peut-être ne pas être d'accord.

Enfin, et c'est un élément fondamental pour le commerce agricole de demain: le contre-projet propose aussi, comme l'initiative, de renforcer le commerce direct et d'inciter à ce commerce. Or, il s'agit bien d'une des portes de sortie des paysans, qui renforcerait leur position dans la chaîne de la distribution. L'initiative et le contre-projet le proposent et je vous invite donc, pour cette raison également, à soutenir le contre-projet. Je vous invite d'autant plus à le faire que le contre-projet est spécifique sur un élément fondamental, à savoir la question de la position des paysans dans la chaîne de production et de distribution. Les producteurs, surtout lorsqu'ils sont de petits producteurs, sont souvent à la merci des plus grands groupes, qui ont un certain contrôle sur l'offre de matériel ou de semences, ou sur les capacités d'accéder au marché.

Cela est très problématique du point de vue des producteurs. Il est donc important que nous trouvions des solutions pour renforcer la position des producteurs, pour qu'ils puissent faire valoir leur droit de fixer des prix justes. Cela aussi figure dans le contre-projet tandis que cela ne figure pas tel quel dans l'initiative.

Alors, pourquoi l'initiative n'est-elle pas si bonne que cela? Parce que l'initiative propose un moyen qui, à mon avis, n'est clairement pas le bon pour des raisons qui relèvent des protections douanières. Je ne dis pas que les protections douanières doivent cesser d'exister immédiatement. On n'est pas dans le débat sur la stratégie du Conseil fédéral. Peut-être qu'un jour, cela sera le cas, mais aujourd'hui la question n'est pas là.

La question est la suivante: devons-nous ancrer dans notre Constitution les protections douanières comme moyen efficace de soutien des paysans en difficulté, qui n'ont pas de revenus suffisants et qui doivent trop travailler? En se fondant sur les chiffres, la réponse, aujourd'hui, est résolument non. Malheureusement, c'est une manière extrêmement inefficace de financer les paysans. On a remarqué, par exemple, que sur les 3,5 milliards de francs que coûtait aux consommateurs la protection douanière, seul moins de 1 milliard allait directement aux paysans. Qui profite de cette manne financière? Ce sont les autres acteurs, car, justement, comme cela vient d'être dit – et le contre-projet vise à contrer cela –, les distributeurs de matériel, donc les fournisseurs ou les distributeurs alimentaires, sont beaucoup plus forts pour la fixation des prix.

Mais il y a aussi un autre problème. Faut-il soutenir les paysans? Bien sûr qu'il le faut et il faut y mettre les moyens, parce que notre peuple veut des paysans qui font de leur pays un beau pays, qui font de son pays un pays qui produit de la nourriture de qualité, sans les normes que l'on veut défendre. Mais cela a un coût. La question que l'on pose ici, ce n'est pas doit-on payer, mais comment doit-on payer? Les barrières douanières font payer aux consommateurs, et en particulier évidemment aux consommateurs les plus modestes, l'essentiel d'un prix qui ne va que partiellement aux paysans.

Chers collègues qui défendez tellement les paysans, j'ai une dernière question à vous poser. Je suis tout à fait d'accord avec vous: j'espère que nous pourrions chaque jour améliorer les conditions de travail des paysans, mais pourquoi ne soutenir qu'eux? Nous sommes systématiquement d'accord avec vous sur le fait qu'il faut aider cette catégorie de la population, mais pourquoi les gens qui construisent nos routes, qui nous servent nos repas dans les restaurants, qui travaillent dans les supermarchés, n'auraient pas droit aux mêmes investissements?

Je vous pose la question, même si c'est un peu hors sujet, parce que j'aimerais bien vous voir, avec la même verve et la même volonté, sauver les gens qui font notre pays et qui le construisent à la sueur de leur front en gagnant des revenus parfois misérables, défendre toutes les catégories de la population.

Maintenant, j'espère que vous pourrez soutenir le contre-projet, car je pense qu'il va dans le bon sens pour aider des personnes comme les paysans, qui contribuent à faire

AB 2017 N 1951 / BO 2017 N 1951

de notre pays un beau pays et, à mon avis, qui contribuent à faire de notre pays un pays qui a du succès. Mais, pour les soutenir, empruntons plutôt la voie des paiements directs et des incitatifs tels qu'ils sont prévus dans le contre-projet, que la voie des protections douanières, qui, finalement, ne protègent pas tellement les paysans, mais plutôt les grands groupes.

Salzmann Werner (V, BE): Das schönste Wappen in der Welt ist der Pflug im Ackerfeld. Aber es tut mir leid, wenn er so dahinrosten muss. Weshalb kommen immer wieder Initiativen zustande, die mehr einheimische Produktion und ein gesichertes Einkommen für Bauernfamilien verlangen? Seit Einführung der neuen Agrarpolitik in den Neunzigerjahren hat die Landwirtschaft nur verloren. In den letzten 25 Jahren sind rund 50 000 Landwirtschaftsbetriebe verschwunden.

Die landwirtschaftlichen Einkommen, die Bauernfamilien in einem Haupterwerbsbetrieb erzielen, reichen für



sie nicht mehr aus, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Arbeitsverdienst ist in der Landwirtschaft bedeutend tiefer als in der Restwirtschaft. In der Talregion verdient eine Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft pro Jahr rund 60 000 Franken. Der Vergleichslohn in anderen Branchen liegt bei rund 75 000 Franken. Besonders schlecht geht es den Betrieben in der Bergregion. Dort verdient man für den hundertprozentigen Einsatz nur 36 000 Franken pro Jahr; das ausserlandwirtschaftliche Vergleichseinkommen liegt bei rund 65 000 Franken. Darin sind die Direktzahlungen bereits inbegriffen.

Gemäss Verfassung hat der Bund die Aufgabe, sicherzustellen, dass die Bauernfamilien als Abgeltung für die Leistung ein angemessenes Einkommen erzielen können. Dieses angemessene Einkommen kann aber nur erzielt werden, wenn die Rahmenbedingungen fair sind. Nun hat der Bundesrat in seiner Gesamtschau zur künftigen Agrarpolitik aufgezeigt, dass er den Grenzschutz teilweise oder – je nach Variante – ganz abschaffen will, also genau das Gegenteil von dem, was die vorliegende Initiative will. Sie will die Zölle und damit den Grenzschutz für Lebensmittel in der Bundesverfassung verankern.

Die Gesamtschau des Bundesrates hat die Landwirtschaft überrascht und wäre im Falle einer Aufhebung des Grenzschutzes fatal. Ich anerkenne, dass die Schweizer Wirtschaft auf gute Rahmenbedingungen angewiesen ist. Aber auch die Landwirtschaft möchte an der Wertschöpfung der Schweiz teilhaben. Das kann sie nur, wenn im Lohnumfeld Schweiz, das durch die flankierenden Massnahmen geschützt wird, auch ein gerechtes landwirtschaftliches Einkommen erzielt werden kann. Mit dem vom Bundesrat bevorzugten mittleren Szenario, mit einem Abbau des Grenzschutzes gegenüber der EU um 50 Prozent, würde die Schweizer Landwirtschaft bei der eigenen Produktion bis zu einer Milliarde Franken an Wertschöpfung verlieren. Das wäre ein enorm fataler und nicht zu verkraftender Verlust für unsere Bauernfamilien. Es kann doch nicht die Lösung sein, immer mehr Direktzahlungen auszuschütten und die Landwirte in die Abhängigkeit vom wohlwollenden Staat zu führen. Nein, wir möchten die Einkommen hauptsächlich über den Preis der Nahrungsmittel realisieren. Die Preise können aber nur wie die durch die flankierenden Massnahmen geschützten Löhne mit einem Grenzschutz gesichert werden. 6,8 Prozent ihrer Ausgaben wendet die Schweizer Bevölkerung für Nahrungsmittel auf. In Europa sind es 10 bis 20 Prozent; wir sind also nicht unsozial, Herr Jans.

Eine produzierende Landwirtschaft ist auch für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes zentral. Unsere Bauernbetriebe schaffen Arbeitsplätze in den eigenen Betrieben und sorgen in den vor- und nachgelagerten Bereichen für Arbeitsplätze. So wird auch ein wesentlicher Beitrag zur wichtigen dezentralen Besiedelung unseres Landes geleistet. Auch unsere kleinen Nebenerwerbsbetriebe, die sehr stark belastet sind, leisten sehr viel. Alle pflegen die Landschaft und schaffen damit auch die Grundlage für unseren Tourismus.

Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb der Bundesrat auf einmal von einem Bruttoselbstversorgungsgrad von 52 bis 55 Prozent spricht. Im Rahmen der Abstimmung über die Ernährungssicherheits-Initiative war der Wert klar mit 60 Prozent beziffert. Das waren auch die Gründe, warum das Volk Ja zur Versorgungssicherheit gesagt hat. Wenn wir uns in der Welt umsehen, stellen wir fest, dass auch andere Länder ihre Landwirtschaft schützen, allen voran die USA. Sie wissen vor allem, dass sie im Krisenfall die Bevölkerung versorgen können müssen. Die vorliegende Initiative hat gute Ansätze, geht aber in einigen Punkten viel zu weit; das gilt auch für den Gegenvorschlag. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen, sich sowohl bei der Initiative als auch beim Gegenvorschlag bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten.

Flach Beat (GL, AG): Die Landwirtschaft ist und bleibt der am meisten abgeschottete und am stärksten subventionierte Markt in der Schweiz. Aber wir konnten in den vergangenen Jahren einige Verbesserungen erzielen, etwa was die Ökologie und die gezielte Abgeltung von tatsächlichen Leistungen in der Landwirtschaft angeht, und wir konnten sogar ein kleines Bekenntnis zu unseren Handelsbeziehungen ablegen, zuletzt im Rahmen der Abstimmung mit dem vom Volk klar angenommenen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit". Das sehe ich eben ganz anders als mein Vorredner. Dieses Ja war für uns ein klares Bekenntnis dazu, für eine moderne Landwirtschaft einzustehen – und auch für eine Landwirtschaft, die mit dem Austausch von Waren über die Landesgrenze hinaus für Ernährungssicherheit sorgt.

Die vorliegende Initiative will aber alle diese Fortschritte rückgängig machen. Handelsbeziehungen im Bereich der Landwirtschaft würden nur noch stärker eingeschränkt oder gar verunmöglicht. Das ginge zulasten der Konsumentinnen und Konsumenten, deren Warenkorb noch teurer würde. Es ginge aber auch zulasten von innovativen exportorientierten Unternehmen in der Schweiz. Sie wären betroffen davon, wenn wir keine Handelsverträge mehr abschliessen könnten und überall gebremst würden, nur weil die Landwirtschaft einen Riegel schiebt. Es gibt manchmal auch im Bereich der Landwirtschaft – in Zukunft wahrscheinlich immer mehr – Kräfte und unternehmerisch denkende Bauern und Bäuerinnen, die auf diesen Aussenhandel hoffen und ihre Nische im weltweiten Markt suchen und finden werden und auch Absatzmärkte ennet der Grenzen erreichen wollen und erreichen werden. Das ist wahrscheinlich eher die Zukunft als ein abgeschotteter Markt hier in der



Schweiz.

Auf jeden Fall käme es mit der Umsetzung all der Forderungen, die in der Initiative, aber auch im Gegenvorschlag enthalten sind, zu einer immensen Bürokratie. Auch das würden die Steuerzahler bezahlen und letztlich natürlich die Konsumenten und die Unternehmen, und die Arbeitsplätze würden darunter leiden. Auch ökologisch wäre diese Initiative ein Eigengoal. Der Bundesrat zeigt das in der Botschaft treffend auf. Die hohen Importzölle auf konventionell produzierte Lebensmittel würden in der Schweiz die konventionelle gegenüber der nachhaltigen Landwirtschaft stärken, weil bei uns die Preise für konventionelle Lebensmittel gegenüber nachhaltig produzierten relativ steigen würden.

Vor allem wäre aber die Annahme dieser Initiative auch ein fatales Signal nach aussen. Als eine besonders starke Wirtschaftsnation mit engverflochtenen Wirtschaftsbeziehungen in die ganze Welt, die abhängig – abhängig! – vom Export und von diesen Wirtschaftsbeziehungen ist, würden wir international als Vorkämpfer eines Protektionismus dastehen, der einen kleinen Teil der Volkswirtschaft vor der ganzen Welt schützen will, ohne aber damit diesen Teil der Volkswirtschaft nachhaltig am Leben erhalten zu können.

Wer sich nach der Wende in den ostdeutschen Bundesländern umgeschaut hat – was ich tun konnte –, der hat gesehen, wohin es führt, wenn der Staat alleine sagt, was und wie und wo und mit wem und mit wie vielen Mitteln produziert werden sollte. Wir können auch einen Blick nach Nordkorea werfen, wo wir sehen, dass die Leute hungern, weil sie in einem komplett abgeschotteten Markt leben. Märkte müssen offen sein. Durch offene Märkte haben wir es auch verstanden, auf dieser Welt viele Hungersnöte, die es früher gegeben hat, zu überwinden. Offene Märkte führen auch dazu, dass sich der relative Wohlstand auf der Welt verteilt, dass er

AB 2017 N 1952 / BO 2017 N 1952

sich besser und stärker verteilt, als dies protektionistisch jemals möglich ist. Die grossen Freihandelsabkommen, die in den vergangenen Jahrzehnten abgeschlossen wurden, haben eindeutig gezeigt, dass der Handel dazu beiträgt, dass es auf der ganzen Welt immer weniger tiefste Armut gibt; das ist ein wichtiger Punkt. Die Schweiz hat einen Anteil daran, nicht nur, weil es gut ist, unsere Produkte auch dorthin zu liefern und damit Geld zu verdienen, sondern weil wir dort ebenfalls Handelspartner finden und aufbauen können. Das führt letztlich dazu, dass es der ganzen Welt bessergeht.

Ich möchte ganz am Schluss einfach noch daran erinnern, dass – entgegen vielen Voten – die 98 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer, Bürgerinnen und Bürger hier im Land, die nicht in der Landwirtschaft arbeiten, ebenfalls fleissig sind und ihren Teil dazu beitragen, dass die Wertschöpfung hier im Lande stattfindet und der Wohlstand hier wächst. Das gibt uns auch die Möglichkeit, über die Steuern entsprechende Stützungszahlungen in die Landwirtschaft fliessen zu lassen, damit wir den notwendigen Strukturwandel auch vollziehen können.

Ich bitte Sie, die Initiative und den Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Müller-Altermatt Stefan (C, SO): Eigentlich wäre die Sache ja ganz einfach: Wir haben eine Volksinitiative, welche Mängel aufweist. Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" würde unsere Handelsbeziehungen schwächen oder gar gefährden, ja gar internationales Handelsrecht verletzen und dadurch die Schweizer Exportwirtschaft in ernsthafte Schwierigkeiten manövrieren. Die Initiative würde die Produkte in der Schweiz verteuern und dadurch die Preisdifferenz gegenüber dem benachbarten Ausland noch weiter in die Höhe treiben. Kurzum: Diese Initiative ist zu protektionistisch, zu sehr der Romantik des abgeschotteten Schweizer Agrarmarktes zugetan. Sie wird den Realitäten nicht gerecht.

Nun, wie gesagt: Die Sache wäre ganz einfach – wäre, wenn nicht der Bundesrat seinerseits komplett in die andere Richtung überdrehen würde. Ich muss schon sagen, dass ich nicht schlecht gestaunt habe, als ich letzte Woche die Medienberichte gelesen habe, in denen sich eine Allianz gegen den "Scheuklappenblick" des Bundesrates in der Agrarpolitik zu Wort gemeldet hat. In dieser Allianz vertreten waren der Bauernverband, der Tierschutz, verarbeitende Betriebe, bäuerliche Politikerinnen und Politiker von ganz links bis ganz rechts, Landfrauen und Junglandwirte, kurzum: einfach alle, die in irgendeiner Form am agrarpolitischen Dialog beteiligt sind oder beteiligt sein sollten. Eine unfassbar grosse Allianz hat die Pläne des Bundesrates mit seiner agrarpolitischen Gesamtschau zerzaust.

Ich stelle fest: Wenige Wochen nachdem das Schweizervolk die scheinbare Minne von Bauern und Politik mit der Zustimmung zum neuen Verfassungsartikel abgesegnet hat, ist die Eintracht durch die agrarpolitische Gesamtschau des Bundesrates komplett zertrümmert worden. Ich bin selber kein Direktbetroffener, aber ich lebe im Solothurner Jura, im Naturpark Thal, in einem Gebiet, welches über viel Landwirtschaft in vielen kleinen Betrieben verfügt. Auch in meiner Region anerkennt man, dass der Strukturwandel unaufhaltsam ist, dass Betriebe eingehen bzw. zusammengelegt werden müssen, dass die Effizienz erhöht werden muss. Eben gerade



weil man das anerkennt, verlangen die Landwirtinnen und Landwirte aber zu Recht, dass der Strukturwandel in sozialverträglicher Form vorstättengeht.

Der Bundesrat rechnet in seiner Gesamtschau mit einem Strukturwandel von 2,6 Prozent, in absoluten Zahlen also mit einem Verschwinden von 1300 Betrieben pro Jahr. Ich kann Ihnen sagen, Herr Bundesrat: Das wird in Regionen in der Nachbarschaft zu Ihrer Heimat, eben im Thal oder im Emmental, nicht sozialverträglich sein. Ich bin nicht in der Landwirtschaft tätig, aber die Landwirtschaft ist der grösste Arbeitgeber in meiner Gemeinde. Würde der grösste Industriebetrieb in meiner Gemeinde die Hälfte der Arbeitnehmer ohne Dialog auf die Strasse stellen und würde ich als Gemeindepräsident dazu einfach schweigen, dann würde man mich zu Recht harsch kritisieren.

Man kann als Vertreter einer ländlichen Region nicht einfach wegsehen, wenn ein für diese Region wichtiger Dialog einfach zum Erliegen kommt. Es braucht eine Diskussion über den Grenzschutz, die ehrlich und offen geführt wird. Ein Festschreiben des Grenzschutzes in der Verfassung, wie das die Initiative verlangt, wird diesem Dialog ganz sicher nicht entspringen. Dagegen würden sich auch die vorhin von Kollege Flach angesprochenen Landwirtschaftskreise, die in offenen Märkten tätig sind, wehren. Das wird nicht kommen, aber genauso wenig ein einseitig verfasstes und unabgesprochenes Mathematikbüchlein zum Bauernsterben. Der mehrheitsfähige Weg in Bezug auf den Grenzschutz fehlt also. Und noch mehr: Ein solcher Weg wird offenbar nicht einmal diskutiert.

Deshalb werde ich mich bei der folgenden Abstimmung der Stimme enthalten und damit signalisieren: Geschätzter Bundesrat, lassen Sie diese Mathematikübungen sein, und nehmen Sie den Dialog bitte auf.

Glauser-Zufferey Alice (V, VD): Je déclare mes liens d'intérêts: je suis une paysanne fâchée, soucieuse de l'avenir des familles paysannes et qui doit décider quelle position prendre quant à cette nouvelle initiative sur la souveraineté alimentaire.

Certes, le résultat de la votation sur l'initiative de l'Union suisse des paysans du 24 septembre dernier nous a été favorable, mais, Monsieur le conseiller fédéral, vous n'en avez pas tenu compte et vous nous avez roulés dans la farine en misant sur le fait que les paysans étaient tellement naïfs qu'ils croyaient encore que les paroles valaient de l'or et que, une fois dites, elles seraient respectées.

Vous nous avez bien dit qu'il n'y aurait pas d'accord de libre-échange avant que cela ne soit utile. A quoi cela aura-t-il servi que les consommateurs nous soutiennent en votation, nous assurant de notre importance pour la Suisse, pour l'alimentation de la population et la conservation du paysage? A quoi sert d'y croire puisque, lorsqu'il s'agira de fixer les conditions-cadres à ces décisions, les conditions d'exportation des machines, les relations internationales et la diminution de la protection douanière seront plus importantes pour le Conseil fédéral?

La paysannerie nourrit actuellement la population à près de 49 pour cent en taux d'approvisionnement net, ce qui est loin des 55 pour cent demandés le 24 septembre. Le solde restant est fourni par les marchés étrangers, qui – on le sait – ne sont pas soumis à nos standards de production, de protection de l'environnement et des animaux. On sait, par exemple, que les farines étrangères importées contiennent des traces de ce fameux glyphosate dispersé sur les blés peu avant la moisson.

Pour vous, Monsieur le conseiller fédéral, le monde est à l'ouverture, mais nous, nous exigeons de maintenir des protections douanières, car c'est ce que veut notre population, attachée à la qualité de nos produits, et c'est une question vitale pour nous. A quel point tenez-vous compte de l'actualité, Monsieur le conseiller fédéral? Savez-vous que les accords de l'OMC sont bloqués depuis des années et que pensez-vous du "Brexit"?

Toutes les organisations paysannes nous le répètent: nous ne résisterons pas à l'ouverture des marchés, car, par rapport aux produits étrangers, la production indigène sera toujours plus chère dans notre pays, qui est un îlot de cherté et de hauts salaires. Les prix pour le consommateur ne diminueront pas, preuve en est le principe du "Cassis de Dijon", qui n'a pas fait baisser les prix mais plutôt la qualité des produits.

Par ailleurs, quel avenir et combien d'années voulons-nous donner aux jeunes agriculteurs qui nous font l'honneur de reprendre nos exploitations? Nombre de celles-ci devraient disparaître selon la "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole" adoptée par le Conseil fédéral, qui tire déjà des plans sur la comète pour réduire le nombre d'exploitations sous le méchant nom de "changement structurel". Selon les extrapolations du Conseil fédéral, sur 1700 exploitations transmises chaque année, près de 1300 cesseraient leur activité, avec les dommages collatéraux inhérents que cela suppose, comme l'abandon progressif et rapide des régions décentralisées puisque les familles ne

AB 2017 N 1953 / BO 2017 N 1953

pourront plus y travailler. Si des exploitations agricoles pourront se restructurer et fusionner avec leurs voisines



dans les régions de plaine, comment notre conseiller fédéral en charge de l'agriculture peut-il se persuader que des entreprises industrielles réussissent mieux que des exploitations familiales, adaptées à la topographie des régions de montagne, où la mécanisation et la standardisation ne peuvent être de mise? Que dire des secteurs économiques et des professions qui se situent en amont et en aval de la chaîne de valeur agricole, comme les garagistes, les vétérinaires, les agronomes? Ces derniers verront leurs clients paysans disparaître et leur chiffre d'affaires diminuer et seront aussi touchés, bien qu'ils soient pourvoyeurs d'emplois dans la région. Il est dangereux, pour ce secteur sensible, de trop vouloir expérimenter en matière de politique agricole. Edicter des ordonnances et prendre des décisions toujours nouvelles sur le dos des paysans est néfaste, ceci sans autre besoin réel que de tirer des leçons d'un rapport douteux. A vouloir faire travailler nuit et jour les paysans entre la ferme et des activités accessoires pour des salaires ne couvrant pas le prix de production en Suisse, les paysans seront finalement usés et dégoûtés. Il est connu, dans la branche, que lorsqu'un paysan arrête son métier, il ne le reprend pas. Nous pourrions alors regretter leur présence pour le tourisme, pour la santé des consommateurs, pour la souveraineté alimentaire et, peut-être, pour la souveraineté de la Suisse. En définitive, l'initiative d'Uniterre pourrait être une alternative au rapport du Conseil fédéral.

Büchler Jakob (C, SG): Ich lege meine Interessen offen: Ich bin Meisterlandwirt ohne Betrieb und ohne Direktzahlungen, weil ich das Glück hatte, meinen Betrieb vor rund fünfzehn Jahren dem ältesten Sohn übergeben zu können.

Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität" verlangt vom Bund, die Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben voranzutreiben. Der Bund soll sich zudem für eine Erhöhung der Produzentenpreise einsetzen und damit den Bäuerinnen und Bauern sowie den in der Landwirtschaft Beschäftigten ein höheres Einkommen sichern. Die Initiative will den Strukturwandel stoppen und die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten wieder erhöhen. Produkten, welche die in der Schweiz geltenden ökologischen Bedingungen nicht erfüllen, soll die Einfuhr verweigert werden.

Das ist alles gut gemeint. Diese Volksinitiative hat sehr strenge Vorgaben an die Produktion in der Schweiz, verlangt aber im Gegenzug gleich lange Spiesse für Importprodukte. Das wäre an sich gut, nur ist sie eben sehr streng. Diese Volksinitiative würde die Zukunft der schweizerischen Landwirtschaft in eine spezielle, eher negative Richtung beeinflussen.

Geradezu diametral dazu steht die Gesamtschau des Bundesrates zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik. Wenn unsere Landesregierung in der künftigen Agrarpolitik ab dem Jahre 2022 den Agrarfreihandel ausweiten und den Grenzschutz abbauen will, dann ziehen sehr dunkle Wolken über unseren Bauernhöfen in der Schweiz auf. So kurz nach der überwältigenden Annahme des Verfassungsartikels 104a zur "Ernährungssicherheit" durch das Schweizervolk soll nun die mittelfristige Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 komplett geändert werden.

Der Bericht des Bundesrates erwähnt, dass ein Strukturwandel in der Landwirtschaft von 2,5 Prozent als sozialverträglich betrachtet werden könne. Wenn man den Strukturwandel in meinem Kanton St. Gallen betrachtet, stellt man fest, dass im Zeitraum von zehn Jahren, von 2006 bis 2016, rund 16 Prozent aller Landwirtschaftsbetriebe ihre Scheunentore für immer geschlossen haben. Damit ist der Beweis erbracht, dass ein Strukturwandel im Kanton St. Gallen stattgefunden hat, nämlich von 1,6 Prozent pro Jahr. Dieser Trend wird weiter anhalten. Die Agrarpolitik 2014–2017 wurde im Kanton St. Gallen voll und ganz umgesetzt, das heisst, die Bauernfamilien haben ihre Hausaufgaben gemacht. Bei der Umsetzung der Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik würde alles verändert werden. Das heisst, die Kosten blieben hoch, die Produzentenpreise würden aber massiv zurückgehen, weil die Schleusen beim Grenzschutz geöffnet würden. Für unsere Bauernfamilien würde das Einkommen wegen der billigen Importe, die ohne unsere Tier- und Umweltschutzauflagen produziert werden, massiv einbrechen. Damit wäre die Existenz einer grossen Zahl von Bauernbetrieben nicht mehr gesichert. Die Alternative wäre die Betriebsaufgabe. Diese Entwicklung hätte unmittelbare Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten KMU in der Schweiz.

Herr Bundesrat, Sie waren hell begeistert vom Gegenvorschlag zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit", der den grenzüberschreitenden Handel möglich machen wird. Nur sieben Wochen später will der Bundesrat nichts mehr davon wissen. Ein altes, aber heute noch gültiges Sprichwort sagt: "Hat der Bauer Geld, hat die ganze Welt!" Unsere Bauernfamilien im Kanton St. Gallen und in der ganzen Schweiz wollen und müssen sich mit innovativen und qualitativ hochstehenden Nahrungsmitteln von der ausländischen Produktion differenzieren abheben. Dazu braucht es tragfähige Rahmenbedingungen, die den Bauernfamilien auch für die kommenden Jahrzehnte eine Zukunft geben, damit die Bauernbetriebe an die kommenden Generationen, die ich eingangs erwähnt habe, weitergegeben werden können. Mit der Gesamtschau des Bundesrates zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik ist unsere schweizerische Landwirtschaft auf der Verliererstrasse.



Moret Isabelle (RL, VD): Inutile, quasi inapplicable, dangereuse et passéiste! Voilà ce qu'est cette initiative. Inutile d'abord, car la Constitution dote déjà la Confédération de larges compétences en matière de politique agricole. Inutile ensuite, car l'article constitutionnel, qui a encore récemment été complété par le contre-projet direct à l'initiative "pour la sécurité alimentaire", accepté par une large majorité du peuple et des cantons et soutenu avec force par l'Union suisse des paysans, existe. Inutile, c'est aussi l'adjectif qui résume la position de la Fédération des industries alimentaires suisses (Fial) que j'ai l'honneur de présider. Inutile enfin, car le développement d'une agriculture paysanne diversifiée et durable, le soutien des prix des produits indigènes, la protection des terres arables sont autant d'objectifs déjà pris en compte par la politique agricole actuelle, et encore renforcés par le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire qui vient d'être plébiscité par le peuple. Sans compter que certains des buts de l'initiative sont déjà atteints, en particulier l'information du consommateur sur les conditions de production et de transformation des denrées indigènes et des denrées importées.

L'introduction d'une nouvelle disposition constitutionnelle n'est donc pas nécessaire.

Cette initiative est aussi quasi inapplicable. En effet, si elle était acceptée, cette initiative poserait des difficultés d'application, car elle est contraire aux engagements internationaux pris par la Suisse, soit à l'accord de l'OMC, aux accords bilatéraux avec l'Union européenne et à d'autres accords de libre-échange avec des pays tiers. Les droits de douane voulus par l'initiative pour favoriser la production indigène s'opposent aux accords internationaux actuels, qui prévoient un plafond des taxes douanières.

De plus, les différentes formes d'intervention étatique sur le marché intérieur qu'exige l'initiative constitueraient des infractions aux engagements pris par la Suisse. Cela entraînerait des sanctions lourdes et porterait atteinte au pays en tant que lieu d'activité, à son économie et à sa crédibilité.

L'initiative est dangereuse, car elle nuirait directement à la compétitivité de la Suisse. Les mesures d'intervention étatique préconisées et les droits de douane supplémentaires entraîneraient une hausse du coût de la vie pour le consommateur et pénaliseraient les entreprises importatrices de matières premières agricoles suisses. Cela rendrait notre pays moins attrayant et risquerait de favoriser le tourisme d'achat. Quel triste retour de manivelle!

Enfin, l'initiative est passéiste: en cherchant à augmenter le nombre de personnes actives dans l'agriculture, elle requiert en fait une intervention massive de l'Etat dans le développement des structures agricoles, lesquelles cherchent

AB 2017 N 1954 / BO 2017 N 1954

aujourd'hui plutôt à accroître la productivité du travail et donc à réduire la main-d'oeuvre.

Voilà un objectif qui, en plus d'être un frein au progrès technologique, s'avère être une opération délicate, vu le principe de liberté économique consacré à l'article 27 de la Constitution.

Enfin, cette initiative porte atteinte au fédéralisme puisque, au moins par deux de ses aspects, elle opère un transfert de compétences des cantons à la Confédération. En effet, la protection des terres cultivées est à l'heure actuelle du ressort des cantons. La Confédération se contente d'en fixer les lignes directrices et de les superviser, mais les cantons demeurent responsables de la pesée d'intérêts finale, ce qui leur permet de tenir compte des particularités régionales. Il en va de même des conditions salariales du personnel agricole, aujourd'hui prévues dans des contrats-types cantonaux. Ce n'est pas un hasard si cette compétence appartient aux cantons: il s'agit de prendre en considération les fortes variations du coût de la vie d'une région à l'autre. Inutile dans ses intentions et mauvaise dans son résultat, c'est un grand non à l'initiative "pour la souveraineté alimentaire" que je vous invite à exprimer.

von Siebenthal Erich (V, BE): Zum Titel der Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle": Dass die Landwirtschaft uns alle betrifft, dessen sind wir uns in der Regel im täglichen Geschäft nicht bewusst. Somit ist es gut, dass uns das mit dieser Initiative einmal mehr vor Augen geführt wird. Die Strategie der Initianten ist, dass die einheimische bäuerliche Produktion wieder mehr Bedeutung bekommen soll.

Warum kommt eine solche Initiative überhaupt zustande? In den letzten Jahren sind die Preise unserer Produkte immer mehr gesunken. Der Druck auf die Betriebe hat enorm zugenommen. Die Strategie "Wachstum, mehr Fläche bewirtschaften" führt in eine totale Sackgasse, denn sie bewirkt, dass zunehmend auch die grossflächigen Betriebe nicht mehr über die Runden kommen.

Die Initianten haben diese Arbeit nicht deshalb auf sich genommen, weil sie sonst nichts zu tun hätten. Nein, sie haben es als absolut notwendig erachtet, in die Landwirtschaftspolitik hineinzuwirken, weil sie die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik aus Bern nicht mehr unterstützen und weil sie Bern nicht mehr vertrauen können.



Es kommt hinzu, dass der Bundesrat in den letzten Tagen im Bericht mit dem Titel "Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik" die Agrarpolitik 2022 plus vorgestellt hat. Zentral in dieser Strategie ist der Abbau des Grenzschatzes, welcher die Preisunterschiede zwischen der Schweiz und dem Ausland im Umfang von 30 bis 50 Prozent reduzieren wird. In Bezug auf die Frage, wie das für die Bauern kompensiert werden soll, ist der Bericht sehr vage und enthält keine konkreten Vorschläge.

Seit ich in diesem Rat dabei bin, beantragt der Bundesrat in der Budgetberatung immer, jedes Jahr, eine Kürzung bei der Abgeltung der Leistungen der Landwirtschaft. Das ist die Realität. Und jetzt kommt der Bundesrat noch mit einem Vorschlag und einer Strategie, die zwangsläufig dazu führen, dass unsere Qualitätsprodukte zu noch tieferen Preisen verkauft werden müssen und folglich das Einkommen der Bauern nochmals sinkt.

Der Bericht erwähnt auch, dass ein Strukturwandel von bis zu 2,5 Prozent als sozialverträglich betrachtet wird; beim heutigen Stand von 52 000 Betrieben bedeutet das 1300 Betriebsaufgaben pro Jahr. Da frage ich mich schon, welchen Stellenwert die vielseitige Landwirtschaft für den Bundesrat noch hat, denn gerade im Hügel- und Berggebiet, unter erschwerten Produktionsbedingungen, geraten die meisten Betriebe bei der Bewältigung ihrer Arbeit an ihr Limit. Die Strategie der Grösse – ein Betrieb mit mehr Fläche könne günstiger produzieren – hat klare Grenzen und führt zum Kollaps der bäuerlichen Familienbetriebe. Wir haben immer noch sehr viele motivierte junge Landwirtinnen und Landwirte, aber der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht, Herr Bundesrat.

Vor zehn Tagen hat mir eine junge Bäuerin und Äplerin aus dem Kanton Waadt gesagt: "So geht es nicht mehr weiter – wie soll ich da meine Rechnungen noch bezahlen?" Herr Bundesrat, diese Initiative ist ein klares Zeichen der Not! Ihre Strategie der Grösse zu tiefen Preisen bricht uns Bauern das Genick.

Ich habe grosse Sympathie für diese Initiative, weil sie Bereiche thematisiert, für die der Bundesrat kein Gehör hat.

Campell Duri (BD, GR): Ich habe probiert, mir diese Agrarpolitik bildlich vorzustellen. Es ist nicht einfach gewesen. Ich habe es mir so vorgestellt: Ich fahre auf einer Hauptstrasse, die recht gut ist, und komme auf eine Kreuzung. Soll ich nun nach links oder nach rechts abbiegen? Wenn ich nach links abbiege, dann sehe ich die Initiative "für Ernährungssouveränität". Wir haben schon viel von dieser Initiative gehört. Für mich, summa summarum: Sie ist gut gemeint für die Landwirtschaft, sie ist sehr gut gemeint, aber sie reguliert viel zu stark. Wenn ich nach rechts abbiege, denke ich an den Bericht des Bundesrates über die Agrarpolitik ab dem Jahr 2022; dann habe ich als Bergler grosse Mühe, das zu verstehen.

Die einzige Produktion in der Berglandwirtschaft betrifft die Produkte Milch und Fleisch. Genau diese zwei Produkte sind in diesem Bericht am allerstärksten betroffen. Was soll nun die Berglandwirtschaft noch produzieren? Ich denke hier auch an die Entvölkerung der Bergtäler. Alle sagen, die Landwirtschaft sei dazu da, die Leute in den Bergen zu halten, in der Peripherie zu halten. Diese Familien machen gute Arbeit. Die Berglandwirtschaft erhält das schöne Bild der Landschaft. All dies stellen wir nun infrage.

Die Landwirtschaft will Rechtssicherheit. Die Agrarpolitik 2014–2017 hat eine grosse Änderung vorgenommen. Wir haben in diesem Rat beschlossen, dass wir mit der Agrarpolitik 2018–2021 weiterfahren. Und nun kommt der Bundesrat und will wiederum eine riesengrosse Änderung vornehmen.

Es ist mir bewusst, dass es auch sonst in der Wirtschaft grosse Änderungen gibt. Aber diese kommen meistens von aussen. Und wir wollen jetzt in der Agrarpolitik, hier im Rat, wieder grosse Änderungen vornehmen. Nun, ich setze den Blinker nicht nach links und nicht nach rechts, ich möchte geradeaus fahren und die Agrarpolitik, die wir jetzt haben, verbessern. Das heisst, es wird vielleicht eine holprigere Strasse sein, aber lieber eine holprige Strasse als eine Strasse, von der ich nicht weiss, ob ich auf ihr ans Ziel komme.

Ich werde mich bei der Abstimmung über die Empfehlung zur Initiative der Stimme enthalten, und ich bin gegen den Gegenvorschlag.

Müller Leo (C, LU): Der Bundesrat legt in der Vorlage 17.023 die Botschaft zur Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" vor. Er beantragt, die Initiative sei zur Ablehnung zu empfehlen.

Der Forderungskatalog in dieser Initiative ist umfangreich. Vielen dieser Forderungen kann ich nicht zustimmen. Einen Punkt enthält die Initiative aber, der für die Landwirtschaft sehr wichtig ist, nämlich den Grenzschatz. Dieser Grenzschatz ist für die Landwirtschaft deshalb so wichtig, weil die schweizerische Landwirtschaft unter ganz anderen Bedingungen zu produzieren hat als die ausländische. So sind in der Schweiz die Bodenpreise massiv höher, die Gebäude kosten viel mehr, die Lohnkosten sind viel, viel höher als im Ausland. Des Weiteren sind die Produktionsbedingungen aufgrund der topografischen und teilweise auch aufgrund der klimatischen Situation weniger gut als in vielen anderen Ländern auf dieser Erde. Zudem hat die Schweiz ihre



Agrarpolitik so ausgelegt, dass die Auflagen an die Produktion viel höher sind als jene im Ausland. Will man die inländische Produktion und die schweizerische Landwirtschaft erhalten, so ist diese auf den Grenzschutz angewiesen. Von der Nettorohleistung der Landwirtschaft von rund 10 Milliarden Franken stammen rund 2,5 Milliarden Franken oder rund ein Viertel von diesem Grenzschutz respektive sind davon abhängig.

An diesen Grenzschutz knüpfe ich nun mit meinem Votum an. Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 1. November 2017 eine Gesamtschau zur schweizerischen Landwirtschaft vorgelegt, und er hat in unmissverständlicher Art und Weise einseitig und ohne Not vorgeschlagen, diese

AB 2017 N 1955 / BO 2017 N 1955

Grenzschutzmassnahmen seien abzubauen. Das ist völlig unverständlich. Er schwächt damit einerseits die Wirtschaftskraft der schweizerischen Landwirtschaft massiv. Andererseits schwächt er seine Verhandlungsposition für internationale Verhandlungen. Es ist nicht einzusehen, warum der Bundesrat dieses wichtige Verhandlungspfund aus der Hand geben will.

Mit dem Grenzschutzabbau, den der Bundesrat will, wird ein massiver Druck auf die Landwirtschaft ausgeübt. Der Bundesrat zieht bei den Einkommen die Schraube an, und der Landwirtschaft geht der finanzielle Schnauf aus. Sollte der Bundesrat seine Absicht in die Tat umsetzen, würden die Einkommen der Landwirte massivst sinken. Jene Betriebe, die keine oder nur geringe Reserven haben, würden in den Ruin getrieben. Aber auch jene Betriebe, die noch gewisse finanzielle Reserven für kommende Investitionen haben, würden an den Rand der Existenzfähigkeit getrieben; auch diese Betriebe würden der Reserven beraubt.

Eine solche Politik ist nicht verständlich. Will der Bundesrat einen grösseren Strukturwandel, so muss er doch für einzelne Betriebskategorien Massnahmen vorschlagen und diese ins Visier nehmen: Will er die Kleinbetriebe ausrotten, soll er Massnahmen beschliessen, damit diese ausgerottet werden. Möchte er die Milchproduktionsbetriebe weghaben, müsste er für diese Betriebskategorie Massnahmen beschliessen. Damit Sie mich richtig verstehen: Ich will das nicht. Aber wenn der Bundesrat schon will, dass der Strukturwandel anders vorgeht, soll er für einzelne Bereiche Massnahmen beschliessen und nicht die ganze Branche, die ganze Landwirtschaft auf den Abgrund zutreiben.

Ich fordere den Bundesrat hiermit auf, seine Absicht grundlegend zu überdenken und die Massnahmen betreffend Grenzschutzabbau zurückzuziehen. Es ist auch unverständlich, dass der Bundesrat gut einen Monat nach einer Abstimmung, bei welcher das Schweizervolk zu fast vier Fünfteln Ja zu einer Initiative gesagt hat, mit welcher man die Inlandversorgung stärken will, mit dem erwähnten Bericht und mit diesen Massnahmen kommt. Das widerspricht nicht nur dem Volkswillen, sondern ist auch politisch völlig unklug.

Sofern der Bundesrat seine Massnahmen nicht zurückzieht, werde ich mich bei dieser Initiative der Stimme enthalten – ich will mir wirklich alle Optionen offenhalten. Ich bitte Sie, Gleiches zu tun.

Mazzone Lisa (G, GE): Manger est consubstantiel à la vie, c'est un des besoins les plus fondamentaux; c'est évidemment un truisme de le dire. Il est évident que l'alimentation nous concerne toutes et tous, tout au long de son parcours, de la graine qui est plantée, jusqu'au mets qui se trouve dans nos assiettes. Qui nous permet de répondre à ce besoin élémentaire? Ce sont les agricultrices et les agriculteurs qui, ici et ailleurs, produisent de quoi nous nourrir.

Pourtant, l'heure est grave, car notre taux d'auto-provisionnement s'érode chaque année, car chaque jour des exploitations agricoles ferment. En 2016, on en a compté encore 1000 qui ont disparu. Face à cette situation, le Conseil fédéral s'apprête à jeter en pâture les familles paysannes qui souffrent déjà de conditions de travail difficiles, à jeter en pâture la petite production indigène au libre marché.

Cette initiative propose une refonte en profondeur du système qui nous permet de nous alimenter. Aujourd'hui, celui-ci est caractérisé par une concentration du marché et une dépendance des agricultrices et agriculteurs et des consommatrices et consommateurs aux grands groupes agroalimentaires. Ce système sert avant tout le profit d'un petit nombre. En préservant et en développant dans notre pays l'agriculture paysanne, ancrée dans son territoire ainsi que dans son environnement direct, immédiat, nous redonnons une perspective d'avenir à un système alimentaire qui doit être durable. C'est donc aussi une initiative pour nous, les consommatrices et les consommateurs.

Nous refusons le slogan qui est brandi et qui consiste à dire: "Produire moins cher et payer toujours moins cher." De quoi parle-t-on exactement? L'alimentation représente entre 6 et 8 pour cent du budget des ménages en Suisse, une des parts qui s'avèrent les plus basses d'Europe. Il est temps de revendiquer un prix équitable, pour les paysannes et les paysans suisses, ainsi que pour les paysannes et les paysans d'ailleurs. L'initiative offre un cadre qui garantit des revenus justes ainsi que des prix équitables. Rappelons que le secteur agroalimentaire représente 11 pour cent des emplois en Suisse, soit 540 000 personnes. L'ouverture des marchés



revient à détériorer encore les conditions de travail, voire à porter atteinte à des emplois. On en a fait les frais dans d'autres domaines.

Il existe une alliance naturelle entre les consommatrices et les consommateurs et les paysannes et les paysans, une alliance que cette initiative renforce. Elle la renforce parce qu'elle met l'accent sur la qualité. Une agriculture paysanne diversifiée, sans OGM, garantit des produits sains et, à long terme, la préservation des ressources, la préservation des sols qui sont évidemment indispensables pour se nourrir. Garantir la proximité, des cultures locales et l'accès à la terre est essentiel pour maintenir, ici, en Suisse, une production ainsi que la sécurité alimentaire qui est un des piliers de la souveraineté alimentaire.

Soutenir l'agriculture paysanne, c'est aussi lutter contre les grands groupes agroalimentaires qui prennent en otage les producteurs, c'est garantir le droit d'utiliser, de reproduire, d'échanger, de commercialiser les semences, contre les brevets.

Il faut réaffirmer une agriculture sans OGM, en prenant en compte les nouveaux développements de ces technologies, tel que le fait l'initiative. En l'inscrivant dans notre Constitution, on renforce la recherche pour développer des systèmes alimentaires résilients.

La Suisse dépend de plus en plus de l'extérieur pour alimenter son bétail. C'est absurde pour notre environnement et la justice sociale, parce que ces productions en masse de protéines, dans des pays comme le Brésil ou l'Argentine, portent directement atteinte aux populations locales, car elles se font au détriment d'une agriculture sur place diversifiée et paysanne.

Qu'on soit clair, l'initiative pose un cadre qui renforce le pouvoir de négociation des producteurs face à la grande distribution et à l'industrie, en garantissant aussi – et c'est l'objectif – la transparence. L'initiative ne vise pas à fermer les frontières aux importations – ce serait évidemment bien bête –, mais il faut maintenir une régulation flexible, en fonction de l'offre indigène. Mettre la priorité sur les circuits courts passe par une régulation, comme dans d'autres domaines, et tant que les critères de durabilité sociaux et environnementaux ne seront pas pris en compte, c'est aussi naïf que dangereux d'ouvrir des frontières sans régulation suffisante. L'initiative vise à ancrer cette régulation et à l'orienter vers des critères durables.

Il faut faire évoluer la situation, et c'est l'objectif de l'initiative, vers une agriculture qui ait du sens. Cette initiative redonne un sens fondamental à l'alimentation en instaurant la préservation et le développement d'une agriculture paysanne en Suisse qui permette aux paysans et aux paysannes de vivre dignement, une agriculture qui préserve les sols en évitant les pesticides et qui offre des produits sains aux consommateurs.

La proposition de contre-projet comporte quelques points de l'initiative et va dans la bonne direction, c'est pourquoi je la soutiendrai tout en m'engageant pour la recommandation de l'initiative.

Grin Jean-Pierre (V, VD): La sécurité alimentaire fait l'objet de plusieurs initiatives ces temps-ci, dont l'initiative d'Uniterre intitulée "Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous". Est-elle inutile? Jusqu'à la fin du mois d'octobre dernier, c'était peut-être une initiative de trop. Mais le dévoilement par le Conseil fédéral de sa stratégie de politique agricole et la publication du rapport "Vue d'ensemble du développement de la politique agricole" le 1er novembre 2017 changent quelque peu la donne par rapport à cette initiative.

La stratégie du Conseil fédéral ne tient pas du tout compte de la volonté populaire exprimée par une très nette majorité de votants le 24 septembre dernier lors de l'acceptation du contre-projet à l'initiative "pour la sécurité alimentaire".

AB 2017 N 1956 / BO 2017 N 1956

Le rapport défendu par Monsieur le conseiller fédéral Schneider-Ammann remet en cause le rôle multifonctionnel de l'agriculture défini à l'article 104 de la Constitution. Le rapport du Conseil fédéral présente une position totalement opposée, voire inacceptable et dommageable, non seulement pour l'agriculture, mais aussi, de manière générale, pour notre société. En désirant ouvrir davantage les frontières, le Conseil fédéral exerce une nouvelle pression sur les prix agricoles qui sont déjà à un prix-plancher.

En acceptant clairement le contre-projet à l'initiative "pour la sécurité alimentaire" de l'Union suisse des paysans, le peuple suisse s'est prononcé pour le maintien d'une agriculture suisse multifonctionnelle et productive. Les entreprises agricoles suisses ne peuvent pas lutter à armes égales face à la concurrence étrangère en raison des coûts de production particulièrement élevés dans notre pays ainsi que des standards s'appliquant à la détention des animaux.

La protection douanière, bien dosée, reste un instrument essentiel pour permettre aux familles paysannes de notre pays de remplir les prestations que l'on attend d'elles en matière de préservation des ressources, d'alimentation de qualité ou encore de bien-être des animaux. L'initiative populaire "pour la souveraineté ali-



mentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" représente, dans ce contexte, une opportunité réelle de contrecarrer le projet du Conseil fédéral et de respecter la volonté populaire qui s'est manifestée le 24 septembre dernier.

Cette initiative donne des pistes, propose des solutions qui concernent non seulement l'agriculture suisse et les consommateurs de ses produits, mais aussi des conditions de travail et de production à l'étranger, car elle répond à nos préoccupations au sujet d'une agriculture mondiale équitable, respectueuse de l'environnement et des animaux. Je vous rappelle qu'elle ne veut pas uniquement des mesures protectionnistes. Elle vise surtout à une forte équité dans les critères applicables aux produits, qu'ils soient issus de Suisse ou d'autres pays.

Par conséquent, si nous voulons assurer une alimentation saine à notre population, si nous voulons maintenir des places de travail dans les régions rurales ainsi que dans l'agroalimentaire, si nous voulons une production qui respecte les ressources naturelles et que l'agriculture suisse soit exempte d'OGM, si nous voulons assurer le bien-être des animaux d'élevage, si nous sommes pour un marché équitable et juste et, enfin, si nous voulons agir contre un libéralisme débridé, alors nous devons soutenir et recommander cette initiative, car l'agriculture nous concerne toutes et tous.

Avec des dispositions constitutionnelles certes beaucoup plus contraignantes, son acceptation serait une manifestation de désapprobation de la stratégie de notre gouvernement à l'égard de la Politique agricole 2018–2021 et des années suivantes. Donc, si, dans sa stratégie, le Conseil fédéral ne désire pas respecter la volonté populaire au sujet de l'agriculture, "remettre la compresse" devrait lui permettre de revenir à une certaine raison.

Munz Martina (S, SH): Ernährungssouveränität bedeutet: ökologisch, sozial und lokal. Ernährungssouveränität ist keine Schweizer Erfindung von Uiterre. Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde bereits in den Neunzigerjahren von der Bauernbewegung La Via Campesina als Antwort auf die Gründung der WTO entwickelt. Sie ist die Antwort auf das schädliche Prinzip des Freihandels, der eine hochkommerzialiserte und industrialisierte Produktion auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft begünstigt. La Via Campesina ist weltweit die grösste Vereinigung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Mit der weltweiten Kampagne für Ernährungssouveränität sollen alle Völker das Recht erhalten, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selber zu gestalten und ihre Nahrung ökologisch, sozial und lokal zu produzieren.

Ernährungssouveränität ist auch eine Antwort auf den Welthunger. Sie setzt das Recht auf Nahrung um. Obwohl weltweit genügend Nahrungsmittel produziert werden, hungern 800 Millionen Menschen. Zynischerweise leben die meisten Hungernden in Ländern, wo Nahrungsmittel für uns produziert werden. Ernährungssouveränität zeigt einen Weg für eine ökologische, gentechnikfreie Landwirtschaft und einen weltweit verantwortungsvollen, fairen Lebensmittelhandel auf.

Die vorliegende Initiative will diese weltweite Forderung auch in der Schweiz umsetzen. Sie fordert die Einhaltung der ökologischen und sozialen Qualitätsstandards auch von Importprodukten. Um dies durchzusetzen, sind Importzölle als Lenkungsinstrument erlaubt. Der Markt kann damit vor Billigprodukten geschützt werden. Die SP erachtet dies nicht als protektionistische Forderung, sondern als Voraussetzung für eine Öffnung der Grenzen. Wir unterstützen die Schweizer Landwirtschaft mit mehr als 3 Milliarden Franken Subventionen im Jahr und fordern dafür weiterhin eine Qualitätsstrategie der einheimischen Landwirtschaft. Nahrungsmittel, die diesen Standards nicht genügen, dürfen den heimischen Produkten nicht gleichgestellt werden. Beim Freihandel muss der Herstellungsprozess der Ware mit einbezogen werden. Äpfel dürfen nicht mit Birnen verglichen werden.

Zugegeben, die Initiative enthält auch viele Artikel, die schwierig umsetzbar sind. Sie vergisst beispielsweise die Abhängigkeit von fossiler Energie und Kunstdünger. Zudem wird dem Staat viel Verantwortung zugeschoben. Der Gegenvorschlag ist klarer, aus ihm ist alles herausgestrichen, was bereits in der Verfassung steht. Er ist deshalb eine gute Alternative zur Initiative.

Nachhaltige Ernährungssysteme können Fragen zum Saatgut und zur Gentechnik nicht übergehen. Der freie Zugang zu genetischen Ressourcen ist eine wichtige Voraussetzung für die Lösung des Welthungers. Auch diese Themen nimmt der Gegenvorschlag auf. Hingegen ist die Initiative bezüglich Gentechnik klarer und nimmt die Problematik der neuen Pflanzenzüchtungsverfahren auf. Bemühungen, diese Verfahren nicht dem Gentechnikgesetz zu unterstellen und damit Gentechnik durch die Hintertür einzuführen, werden damit klar abgelehnt. Wird der Gegenvorschlag angenommen, dann muss dieser Artikel über Gentechnik präzisiert werden.

Es braucht weltweit eine Agrarwende hin zu einer ökologischeren, sozialeren und lokaleren Landwirtschaft! Ich bitte Sie: Unterstützen Sie den Gegenvorschlag, er ist eine gute Alternative zur Initiative.



Egloff Hans (V, ZH): Die Volksinitiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" verlangt die Ausrichtung der Agrarpolitik auf eine kleinbäuerliche, auf die regionale Versorgung ausgerichtete Landwirtschaft. Dies soll mit umfangreichen staatlichen Eingriffen erreicht werden. Die Forderung der Initianten entspricht einem absoluten Schutz der Kulturland- und Fruchtfolgeflächen auf Bundesebene. Dadurch würden die Kantone ihren Ermessensspielraum bei der Raumplanung verlieren. Als Präsident des Hauseigentümerverbandes Schweiz äussere ich mich nur zu denjenigen Aspekten, welche die Raumplanung und somit die Interessen der Grundeigentümer betreffen.

Der Schutz der Kulturland- und Fruchtfolgeflächen ist durch Artikel 75 der Bundesverfassung sowie durch das Raumplanungsgesetz und den Sachplan Fruchtfolgeflächen auf Bundesebene gewährleistet. Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes im Bereich Siedlung von 2014 wurden die Vorgaben für die Richtplanung der Kantone zur Beschränkung der Siedlungsfläche konkretisiert. Der Schutz des Kulturlandes wurde dadurch erheblich verstärkt. Durch die laufende Überarbeitung des Sachplans Fruchtfolgeflächen soll die Zuteilung der besten Böden zu den Fruchtfolgeflächen nochmals verbessert werden. Das Kulturland wird daher aus meiner Sicht ausreichend geschützt.

Die Raumplanung liegt hauptsächlich in der Kompetenz der Kantone. Diese kennen die regionalen Gegebenheiten besser als der Bund und können ihre kantonalen Gesetze daran anpassen. Durch die Revision des Raumplanungsgesetzes, erste Etappe, hat der Bund bereits weitreichende Kontroll- und Steuerungsfunktionen erhalten, indem er die Richtpläne der Kantone überprüfen und genehmigen kann bzw. muss. Die Forderung, das Kulturland und die Fruchtfolgeflächen seien auf Bundesebene auf dem heutigen Stand einzufrieren, widerspricht den allgemeinen Grundsätzen der

AB 2017 N 1957 / BO 2017 N 1957

Raumplanung, welche eine gewisse Abwägung der verschiedenen öffentlichen Interessen gewährleisten muss. Die von den Initianten geforderte absolute Unterschutzstellung ist zu radikal und würde die Schweiz in ihrer Entwicklung immens hemmen. Zudem würde damit die kantonale Planungshoheit auf unzumutbare Weise eingeschränkt.

Aus diesen Gründen kann ich diese Volksinitiative keinesfalls unterstützen.

Sauter Regine (RL, ZH): Ja, es stimmt, was Herr Glättli heute Morgen gesagt hat: Lebensmittel sind wertvoll und sollen uns in diesem Sinne etwas wert sein. Aber auch wenn die Stimmbevölkerung dem Gegenvorschlag zur Initiative "für Ernährungssicherheit" deutlich zugestimmt hat und damit augenscheinlich nur inländische und womöglich biologisch produzierte Lebensmittel will – sie verhält sich anders. In den Discountern wird billiges ausländisches Fleisch gekauft, und für den Wocheneinkauf fährt man ins nahe Ausland, wo Gemüse und Früchte ein paar Rappen günstiger sind.

Das ist nur ein Indiz dafür, dass am hohen Grenzschutz im Agrarbereich etwas falsch ist. Es zeigt, dass er zu Fehlanreizen führt und die Problematik der Hochpreisinsel Schweiz und des Einkaufstourismus noch verstärkt. Eine rigide, protektionistische Landwirtschaftspolitik – und das ist auch die Vision der Initiative "für Ernährungssouveränität" – hat denn auch massive negative Auswirkungen auf unsere gesamte Volkswirtschaft. Dass das wirklich im Interesse der Initianten liegt, ist schwer vorstellbar.

Bereits die heutige Landwirtschaftspolitik steht einer weiteren Öffnung internationaler Märkte für unsere Exportwirtschaft entgegen. Eine zusätzliche Abschottung unseres Marktes mit weiteren Zöllen, wie das die Initiative fordert, wäre völlig verfehlt. Unsere Wirtschaft braucht den Zugang zu internationalen Märkten, und dies in Zukunft noch vermehrt. Es muss möglich sein, neue Freihandelsabkommen abzuschliessen. Bereits vor zehn Jahren scheiterte aber z. B. ein Freihandelsabkommen mit den USA, einem der grössten Märkte, weil die Schweiz ihren Markt für Agrar- und Lebensmittelprodukte zu stark schützt.

Heute spielt zudem ganz klar Südostasien eine wichtige wirtschaftliche Rolle. In den nächsten Jahren können auch Südamerika oder Afrika dazukommen, worauf die erheblichen Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation in den entsprechenden Ländern deuten. Mit diesen Ländern muss die Schweiz einen ungehinderten Handel betreiben können. Aber diese Länder wollen – und das zu Recht – auch ihre landwirtschaftlichen Produkte in die westlichen Länder exportieren dürfen. Kaum eine Verhandlungspartei wird dann Handelsvorschriften für Nahrungsmittel akzeptieren, wie sie die Initiative verlangt.

Der Bundesrat hat dies erkannt und zeigt mit dem Konzept für die Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 den Weg auf, wie sich die Landwirtschaftspolitik zukünftig entwickeln soll. Im Gegensatz zu vielen Vorrednern erachte ich diesen Weg als den richtigen. Es sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass durch mehr Marktorientierung, Eigenverantwortung und Innovationsfähigkeit das Unternehmertum beim einzelnen Betrieb verbessert werden kann und damit die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Sektors, der gesamten Landwirt-



schaft, verbessert werden kann.

Im Übrigen, das muss ich Ihnen klar sagen, teile ich auch nicht Ihren Pessimismus in Bezug auf die Anpassungsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft. Eine Marköffnung im Agrarbereich ist für unsere gesamte Volkswirtschaft vorteilhaft. Ein Abbau des Grenzschatzes, begleitet von geeigneten Unterstützungsmassnahmen, ist für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft und die einheimische Produktion bewältigbar.

Die Initiative "für Ernährungssouveränität" führt direkt in die staatliche Planwirtschaft; dazu muss man Nein sagen. Nötig sind neue Wege, wie sie der Bundesrat nun aufgezeigt hat; dazu muss man Ja sagen. Sich der Stimme zu enthalten, wie das einige in diesem Saal tun wollen, ist kein mutiges Zeichen.

de la Reussille Denis (G, NE): L'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" a été déposée le 30 mars 2016, munie de près de 107 000 signatures valables. Le Parti suisse du travail – Parti ouvrier et populaire – fait partie des organisations qui ont soutenu l'initiative dès le début de la récolte de signatures.

Alors que trois exploitations agricoles disparaissent quotidiennement dans notre pays, le Conseil fédéral tergiverse sans cesse lorsqu'il s'agit de défendre non seulement notre agriculture, mais également nos paysans, en invoquant notamment des accords de libre-échange.

L'initiative du syndicat Uniterre permettrait non seulement à la population de notre pays d'avoir des garanties sur la qualité de ce qui se trouve dans son assiette, mais également de réserver à nos agriculteurs une rémunération décente, leur garantissant ainsi la possibilité d'assurer la survie de leur exploitation, ce qui nous semble indispensable pour bien d'autres choses que l'entretien de nos paysages.

Nous estimons que la population a le droit d'être informée très clairement de l'origine et de la qualité des produits qu'elle consomme, autrement dit de la manière dont ont été produits ces aliments, du point de vue écologique et social, entre autres sur le plan des conditions de travail des employés agricoles. L'initiative d'Uniterre permettrait non seulement de s'assurer de l'origine, de la qualité et des conditions notamment écologiques de cette production, mais également de la manière dont elle a été transformée, emballée, acheminée et mise sur le marché.

A l'heure où la question du réchauffement climatique inquiète de plus en plus la population de notre pays, la question d'une production agricole de proximité est cruciale. Nous devons nous assurer que les produits que nous consommons n'ont pas effectué des milliers de kilomètres en camion ou en avion, alors que ceux-ci pourraient être produits près de chez nous. Afin d'éviter des transports longs et coûteux et ainsi un bilan écologique catastrophique, le texte qui nous est soumis favorise également le maintien, voire la création, de structures régionales de transformation, de commercialisation et de stockage, ce qui en soi est également créateur d'emplois.

L'initiative a en outre pour but d'assurer une information claire au consommateur par un étiquetage précis, alors qu'un des effets du principe du "Cassis de Dijon" réduit ce niveau d'information, permettant par là même des scandales alimentaires, tels que ceux auxquels on a assisté ces dernières années, par exemple avec les fameuses "lasagnes à la viande de cheval".

Du point de vue des travailleurs et des travailleuses de la terre, qu'ils soient paysans et paysannes ou ouvriers et ouvrières agricoles, l'initiative favoriserait une meilleure rémunération de toutes les personnes de ces secteurs en imposant une pratique de prix équitables.

Cela permettrait également d'harmoniser au niveau fédéral les contrats de travail des ouvriers agricoles, tant pour ce qui concerne les salaires que les horaires. Rappelons ainsi que, pour l'instant, ces horaires varient de 45 heures par semaine dans le canton de Genève, par exemple, à 66 heures par semaine dans le canton d'Uri.

Le monde agricole est sous la pression constante des grandes filières de distribution. Les producteurs ne savent jamais à quel prix leurs récoltes leur seront achetées, ni dans quelles quantités, ni pour combien de temps encore. L'initiative redonne la main aux paysans dans la gestion des quantités à produire, qui sont désormais déterminées en fonction des besoins de la population et non plus des desiderata de l'industrie. Elle soutient également de ce fait la vente directe en favorisant la création de filières de proximité.

Le projet d'Uniterre assure également le maintien de la biodiversité en conservant la production de semences paysannes, en évitant ainsi l'introduction d'OGM dont, faut-il le rappeler, la population suisse ne veut pas. Les éleveurs pourraient aussi recevoir une aide à la valorisation des fourrages indigènes, évitant ainsi l'achat de protéines importées pouvant également contenir des OGM sans que les éleveurs en soient informés.

Finalement, l'initiative permettrait de relancer un secteur en grande difficulté en favorisant la diversité des structures, tant



AB 2017 N 1958 / BO 2017 N 1958

dans la taille que dans la forme juridique. Il ne s'agit pas seulement de maintenir le nombre d'exploitations agricoles, mais de soutenir la création de nouvelles exploitations en facilitant l'accès à des terres, en donnant la possibilité de partager les exploitations actuelles entre plusieurs exploitants, ce qui signifie une reconnaissance des associations d'exploitants. En vingt ans, ce sont plus de 100 000 emplois qui ont disparu dans l'agriculture, mais ceci ne doit pas être une fatalité. La paysannerie suisse doit donc pouvoir compter sur notre soutien. En conclusion, l'initiative populaire d'Uniterre "pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous" remet au centre du débat un élément essentiel pour notre société, à savoir les conditions sociales et environnementales de notre production alimentaire, et mérite largement notre soutien.

Hausammann Markus (V, TG): Meine Interessenbindungen kennen Sie.

In seiner Botschaft lässt der Bundesrat keinen guten Faden an dieser Volksinitiative. Tatsächlich lässt sie bezüglich Umsetzbarkeit auch ein paar Fragen offen. Aber, Herr Bundesrat, gegenüber der bisherigen Agrarpolitik und den Absichten des Bundesrates, die er in seiner Gesamtschau hinsichtlich der Agrarpolitik 2022 plus vorstellt, erscheint mir diese Initiative eher als ein Befreiungsschlag und ihre Umsetzung für die Landwirtschaft eher als ein Klacks.

Herr Bundesrat, ich stelle Ihnen dazu fünf Fragen:

1. Das Landwirtschaftsbudget ist seit 2012 stabil. Trotzdem müssen wir Jahr für Jahr für den Erhalt dieses Budgets kämpfen. Was hat das mit verlässlichen Rahmenbedingungen zu tun?
2. Der Bundesrat hat das Projekt "Administrative Vereinfachung" lanciert. Wir haben uns viel davon versprochen, spüren aber keine Entlastung. Jetzt soll dieser Rohrkrepierer durch das nächste kostenintensive Projekt "Digitalisierung" abgelöst werden. Grundsätzlich unnötige Aufzeichnungen sollen in Zukunft also automatisch erfolgen. Auch wir versprechen uns etwas vom digitalen Zeitalter. Aber wann fragt der Bundesrat uns Bäuerinnen und Bauern, welche digitalen Schritte uns tatsächlich weiterhelfen?
3. Seitens des Bundes wurden in letzter Zeit markante Veränderungen für die Landwirtschaft angekündigt, so zum Beispiel der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, die Strategie Antibiotikaresistenzen und der Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz. Forschung und Beratung schaffen es aber nicht, die Landwirtschaft bei deren Umsetzung und in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu unterstützen! Die Agrarforschung wäre dringend effizienter auf die Bedürfnisse der praktischen Landwirtschaft auszurichten. Wann endlich können wir Bäuerinnen und Bauern darauf Einfluss nehmen?
4. Die sektorielle Marktöffnung hat die Milchwirtschaft in eine ernsthafte und andauernde Krise gestürzt. Wann begreift der Bundesrat endlich, dass die Globalisierung des Agrarsektors die Bauernfamilien in aller Welt – ich betone: in aller Welt – ins Hamsterrad drängt? Bundesrat und Verwaltung und mit ihnen auch Frau Sauter meinen es zwar gut mit uns, arbeiten aber völlig an den Bedürfnissen der am 24. September 2017 vom Volk erneut geforderten nachhaltig produzierenden Landwirtschaft vorbei.
5. Warum in aller Welt sollen wir Bäuerinnen und Bauern glauben, dass Ihr neuester Entwurf Agrarpolitik 2022 plus für uns eine Kehrtwende zum Besseren bedeutet?

Je nachdem, wie Ihre Antworten ausfallen, behalte ich mir vor, die Initiative "für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle" zu unterstützen.

Friedl Claudia (S, SG): Es ist ja kein Zufall, dass gerade in letzter Zeit Initiativen zu Landwirtschaft und Ernährung so zahlreich eingereicht wurden und werden. Das zeigt eines: Gesunde Nahrungsmittel und die Zukunft der Landwirtschaft bewegen die Bevölkerung.

Wir stellen aber einfach fest, dass die Intensivierung der Landwirtschaft die Natur, die Landschaft, die Böden, die Gewässer und die Biodiversität unter Druck setzt. Immer noch werden 2000 Tonnen Pestizide jährlich in der Schweiz ausgebracht. Kürzlich wurde festgestellt, dass 40 Prozent der Lebensmittel der Schweiz mit Glyphosat belastet sind, viele Kleinbäche im Kulturlandbereich sind mit einem Mix von Pestiziden belastet und bedrohen die Wasserorganismen, die Böden sind übernutzt und ausgelaugt, die Antibiotikaresistenzen nehmen weiter zu, die Biodiversität nimmt ab, die Bienen sterben, und in Deutschland wurde festgestellt, dass 75 Prozent weniger Fluginsekten vorhanden sind als vor rund vierzig Jahren. Ja, selbst die Fischer fragen sich, ob die Fangrückgänge vielleicht etwas mit diesem Insektenschwund zu tun haben. Und immer noch verschwindet in der Schweiz pro Sekunde ein halber Quadratmeter Kulturland.

Aber auch die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern – wir haben es schon mehrmals gehört – sind vor allem auch bei kleineren Betrieben so tief, dass sie nicht mehr zum Leben und zum Aufbau einer sicheren Altersvorsorge reichen.



Es ist also nicht alles paletti im Bereich der Landwirtschaft. Leider zeigt die bundesrätliche Strategie Agrarpolitik 2022 plus auch nicht unbedingt in eine bessere Richtung. Das haben verschiedene Vorrednerinnen und Vorredner hier schon angemerkt.

Das Ziel der Landwirtschaftspolitik muss die Stärkung der bäuerlichen, bodenabhängigen Produktion sein. Das heisst, dass keine falschen Anreize für Überproduktion oder übermässigen Einsatz von Dünger, Pestiziden und Kraftfutter gesetzt werden dürfen.

Im vergangenen September hat das Volk den Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative angenommen, nämlich Artikel 104a der Bundesverfassung. Mit der Verankerung des Grundsatzes eines ressourcenschonenden Umgangs mit Lebensmitteln in der Bundesverfassung wurde ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative, die heute vorliegt, wird nun noch konkreter und schliesst weitere Lücken. Sie verbietet den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen. So kann das Moratorium endlich in ein Verbot umgewandelt werden. Zudem verhindert die Initiative, dass irgendwann nur noch das Saatgut von Grosskonzernen verwendet werden darf. Das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut durch Bäuerinnen und Bauern muss ein Grundrecht bleiben.

Die Initiative verlangt auch den Erhalt von Kulturlächen in Bezug auf Qualität und Quantität. Dies wird zu einer massiven Reduktion des Einsatzes von Pestiziden führen und den Verschleiss von Kulturland endlich stoppen. Das zentrale Anliegen der Initiative ist die Stärkung der Marktmacht der Bäuerinnen und Bauern gegenüber den Händlern und Verarbeitenden. Es ist absolut störend, dass bessere Preise oder Produktionsgewinne nur dem Handel oder den Verarbeitern zugutekommen und nicht den Produzentinnen und Produzenten und ihren Angestellten.

Dadurch, dass bei importierten Lebensmitteln bessere Umwelt- und Arbeitsbedingungen gefordert werden und keine Überschusssubventionen für Exporte bezahlt werden, mit denen die lokalen Märkte in Entwicklungsländern zerstört werden, unterstützen wir auch die Landwirtschaft in den ausländischen Produktionsländern.

Die Initiative schliesst somit verschiedene Lücken und ist ein deutlicher Schritt in die Richtung von fairen Bedingungen in der Landwirtschaft und einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Nahrungsmittelproduktion.

Die Initiative hat aber auch klare Nachteile. Beat Jans hat diese bei der Begründung zum Gegenvorschlag klar dargelegt: Die Beschäftigungsförderung ist kaum umsetzbar, das Erheben von Zöllen gehört nicht in die Verfassung. Zudem ist ein Teil der Anliegen bereits in den neuen Verfassungsartikel 104a eingeflossen. Sie müssen nicht nochmals aufgenommen werden.

Aus diesen Gründen unterstütze ich den Gegenvorschlag. Er nimmt die essenziellen, fortschrittlichen Punkte auf. Ich bitte Sie, dies auch zu tun und diesen Gegenvorschlag anzunehmen, damit in der Landwirtschaft die richtige Richtung eingeschlagen wird.

AB 2017 N 1959 / BO 2017 N 1959

Bourgeois Jacques (RL, FR): En préambule, je tiens à déclarer mes liens d'intérêts: je suis le directeur de l'Union suisse des paysans.

En l'espace de quelques mois, c'est la troisième initiative populaire que nous débattons au Parlement dans le domaine agricole; c'est le signe d'une insécurité au sein des familles paysannes qui craignent pour leur avenir. Ces familles paysannes exigent des conditions-cadres stables qui devraient non seulement leur donner des perspectives, mais prendre aussi en considération leurs intérêts. C'est aussi le signe de la volonté de notre population dont près de 80 pour cent des votants ont plébiscité le nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire, qui demande de préserver dans notre pays une agriculture de proximité forte, de garder en partie la main sur le contenu de notre assiette.

Il est étonnant de constater que le Conseil fédéral fait la sourde oreille par rapport à cette situation. Récemment, en effet, le Conseil fédéral rendait publique sa "Vue d'ensemble du développement à moyen terme de la politique agricole". Dans ce rapport de plus de 85 pages, on a fait fi de la volonté populaire d'inscrire un nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire. On ne peut pas bafouer ainsi la volonté du peuple. Nous attendons du Conseil fédéral qu'il revoie sa copie dans le cadre de la poursuite de ses discussions sur ce sujet, en prenant en considération cette volonté populaire et les propos tenus ici, au sein de notre Parlement. Lors des discussions sur le nouvel article 104a lettre d, qui traite des relations commerciales transfrontalières qui contribuent au développement durable de l'agriculture et du secteur agroalimentaire, il a toujours été rappelé que, pour les produits que nous ne cultivons pas dans notre pays ou que nous ne produisons qu'en quantité insuffisante, nous serions tributaires de ces relations commerciales transfrontalières pour compléter l'offre indigène.



Nous ne sommes pas, j'aimerais le préciser, contre les accords de libre-échange, car ils sont importants pour notre économie. Un franc sur deux dans notre pays est gagné à l'étranger. Mais ce que nous demandons, c'est que l'agriculture suisse qui, contrairement au reste de l'économie, est un secteur importateur net, soit prise en considération. Le récent accord conclu avec la Chine est la preuve que nous pouvons conclure avec les grands de ce monde des accords de libre-échange bénéfiques à notre économie, ce que je salue, sans pour autant y sacrifier notre agriculture.

Nous devons garder à l'esprit que la délocalisation des services est possible mais pas celle des fermes!

Ce rapport doit donc aussi prendre en considération les impacts qu'une ouverture partielle ou complète de nos frontières aurait sur les revenus agricoles, sur les coûts de production, sur l'évolution des structures des exploitations agricoles, sur les perspectives pour les générations futures et sur les bénéfices que pourraient en retirer les consommateurs. A ce sujet, on prétend, au sein de ce rapport, que les effets seraient bénéfiques pour les consommateurs et, quelques chapitres plus loin, on constate, à l'exemple de l'Autriche, que les effets sur les consommateurs, à la suite de l'intégration de ce pays au marché européen, ont été quasiment nuls. En serait-il autrement chez nous? Certainement pas!

L'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire" qui nous est soumise vise notamment dans son catalogue de revendications à inscrire au niveau constitutionnel le prélèvement de droits de douane sur les produits agricoles et les denrées alimentaires importés non conformes à nos normes sociales et environnementales. Elle requiert également une augmentation du nombre d'actifs dans l'agriculture. Ces points sont difficiles à mettre en application.

Par ailleurs, comme cela a été relevé par plusieurs oratrices et orateurs, de nombreux points de l'initiative sont déjà réalisés, soit par des bases légales en vigueur, soit par le biais du nouvel article constitutionnel sur la sécurité alimentaire. Je pense notamment à ce qui concerne la protection des terres cultivées.

Entre la vision libérale du Conseil fédéral et la vision protectionniste de l'initiative populaire "pour la souveraineté alimentaire", on passe d'un extrême à l'autre. La solution médiane est, selon moi, comme tout bon compromis helvétique, l'application du nouvel article 104a de la Constitution sur la sécurité alimentaire, qui vient d'être plébiscité, comme cela a été rappelé, par le peuple suisse, et qui devra être concrétisé dans la future Politique agricole 2022–2025.

C'est dans ce sens que je vous invite à travailler afin non seulement de préserver dans notre pays une agriculture de proximité forte, mais également de donner des perspectives aux générations futures.

Stamm Luzi (V, AG): Ich bin irritiert. Ich kenne zwar den Text der heutigen Bundesverfassung, ich kenne die Initiative, und ich weiss, worüber wir vor kurzer Zeit beim Landwirtschaftsartikel abgestimmt haben. Aber ich verstehe das Konzept nicht mehr.

Wenn ich das Konzept der Minderheit Jans nicht verstehe, spielt das keine Rolle. Aber, Herr Bundesrat, ich verstehe auch das Konzept des Bundesrates nicht mehr. Ist er für Freihandel? Dann soll er das offen sagen. Es sind nicht einfach die Bauern, die Jagd nach mehr Einkommenssubventionen machen; es sind nicht die Bauern, die etwas fordern, sondern es liegt im Interesse unseres Landes und entspricht dem gesunden Menschenverstand, den Bauernstand nicht kaputtzumachen.

Wenn Sie Freihandel wollen, dann müssen Sie mir sagen, in wessen Interesse das geschieht. Wer kann Interesse an Freihandel haben? Die USA, das verstehe ich, vielleicht noch Brasilien und Argentinien. Und es sind natürlich auch die Eliten in den Drittweltstaaten, vielleicht in Bananenrepubliken in Mittelamerika oder in Westafrika, wenn sie Plantagen z. B. für Kakao haben. Wenn Sie Monopole besitzen, können Sie Interesse an Freihandel haben, sonst nicht.

Freihandel hat die Schweiz ab dem 19. Jahrhundert innerhalb von hundert Jahren an die Spitze des Reichtums gebracht, aber eben nicht betreffend Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist punkto Freihandel ein Ausnahmefall. Wenn Sie das nicht berücksichtigen, machen Sie die Landwirtschaft kaputt.

Ich habe persönlich einen Versicherungsfall miterlebt, bei dem ein einziger Farmer aus Minnesota, also aus den USA, einen Achtel der gesamten Getreideproduktion der ganzen Westschweiz produzierte! Selbstverständlich ist die schweizerische Landwirtschaft, wenn Sie die Grenzen einfach aufmachen, kaputt.

Wenn Sie generell Konkurrenz und Freihandel haben, dann verschwinden – vielleicht bedauern Sie es manchmal auch – z. B. die kleinen Möbelgeschäfte in Bern. Oder die kleinen Fotoshops sind nicht mehr. Aber Sie bekommen immer elektronische Geräte und Möbel, sei es bei Ikea, sei es bei Mediamarkt.

Wenn Sie die Landwirtschaft wegrationalisieren, wer macht dann die Arbeit? All diejenigen, die sich jetzt für Freihandel aussprechen und sagen, die anderen seien Abschotter? Sie werden nicht ins Wallis gehen und dort die Bergtäler bewirtschaften!

Oder wenn irgendwo in einer Deutschschweizer Stadt – ob Langenthal oder welche Stadt auch immer – Indu-



strielle in Schwierigkeiten kommen, wird es neue Industrien geben, die da einziehen. Für mich in Baden war es schade, als die Lokomotiven- und Gasturbinenproduktion zusammenbrach. Aber es gab Alternativen. Bei der Landwirtschaft gibt es aber keine Alternativen, weil niemand ins Wallis, ins Bündnerland, in den Jura geht. Ich bin mit einer Urner Frau verheiratet. Niemand wird diese kleinen Bauernhöfe dort oben bewirtschaften, wenn Freihandel kommt.

Ich sehe die Entwicklung. Es gibt noch zirka 53 000 Landwirtschaftsbetriebe, Jahr für Jahr werden es 1000 weniger. Offenbar will der Bundesrat dieses Abbautempo steigern. Weshalb? Wie löst er denn z. B. das Problem im Wallis? Zahlen dann am Schluss die Gemeinden Geld, damit die Leute überhaupt noch ins Berggebiet kommen? Wer trägt denn noch Sorge zum Land? Es ist nicht normal, wenn Sie bei einem Gesamteinkommen von 2,9 Milliarden, von nur 2,9 Milliarden Franken für den ganzen Bauernstand – notabene etwa die Hälfte von dem, was wir pro Jahr für das Asylwesen bezahlen –, ein Geschrei machen, die Bauern seien

AB 2017 N 1960 / BO 2017 N 1960

Subventionsjäger, und das bei einem Bruttosozialprodukt von 650 Milliarden Franken!

Selbstverständlich muss man aufpassen an den Grenzen, dass nicht jeder importieren kann, was er will. Es ist mir schleierhaft, wie die linke Seite von Freihandel in der Landwirtschaft reden kann. Es ist mir auch schleierhaft, wie die linke Seite sagen kann, wir übernehmen hier die Regeln von der EU. Wenn sie in der EU vom Tierschutz bis zum Glyphosat Probleme haben, dann müssen wir umso mehr die Grenzen kontrollieren. Wir müssen Regeln setzen, inklusive Zölle. Sonst brechen die kleinen Bauern zusammen.

Wenn ich ein Aber zum Initiativtext habe – ich sehe, ich habe noch wenige Sekunden –, dann höchstens das: Der Text ist so kompliziert, dass man sich enthalten könnte. Aber niemand aus der Bevölkerung, weder bei der letzten Unterschriftensammlung noch bei der jetzigen, wollte Freihandel. Sondern die Leute wollen, dass es in der Schweiz eine gesunde Landwirtschaft gibt. Da müssen wir die Regeln setzen und können die Bauern nicht dem mörderischen freien Fall respektive dem freien Wind des Freihandels aussetzen.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Lieber Kollege, wir waren ja gemeinsam in London und haben für einen Freihandel zwischen der Schweiz und dem UK geworben. Nun meine Frage: Können Sie mir sagen, wie viele Arbeitsplätze in der Schweiz vom Export ins Ausland abhängen, und das nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Technologie, der Pharma usw.? Und wenn wir diesen Export nicht mehr haben: Wie viele dieser Leute würden dann einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft finden? Ich hoffe, Sie sind mit mir einig, dass wir den Freihandel nicht gegen die Landwirtschaft ausspielen sollten und umgekehrt. Können Sie mir das sagen? Wenn Sie es nicht sagen können, weiss ich, dass es der Bundesrat können wird.

Stamm Luzi (V, AG): Ich verstehe die Frage bestens. Es ist grundsätzlich zentral wichtig, dass wir uns öffnen und der Konkurrenz stellen. Der Anteil der Landwirtschaft ist verschwindend klein! Es stimmt nicht, dass die Amerikaner uns wegen des Landwirtschafts-Freihandels kaputt machen. Ich war Präsident der Aussenpolitischen Kommission, ich flog damals zum Amerikaner Donnelly, dem Mann, der die Verhandlungen mit der Schweiz führte. Die USA hätten uns sogar angeboten, für die Landwirtschaft Ausnahmen zu machen. Der Anteil am Bruttosozialprodukt liegt bei der Landwirtschaft bei nur einem Prozent. Deshalb macht jeder normal denkende Mensch bei der Landwirtschaft eine Ausnahme. Die Briten würden dies sowieso machen.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Herr Stamm, Sie argumentieren jetzt so, als ob die ganze Landwirtschaft alles selber machen würde in der Schweiz. Ihnen ist schon bewusst, dass etwa 35 000 Leute, die in der Landwirtschaft tätig sind, aus dem Ausland kommen und dass 40 oder noch mehr Prozent der Futtermittel in der Schweiz aus dem Ausland importiert werden? Diese Bereiche wären auch betroffen, wenn eine Protektionismusvorlage wie diese Initiative angenommen würde, die Sie unterschrieben haben. Wie stellen Sie sich dazu, dass dann in der Schweiz die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr stattfinden könnte, weil z. B. diese Leute nicht mehr kommen dürften?

Stamm Luzi (V, AG): Dass jeder Ausländer die Hand aufheben und sagen kann, er wolle in der Schweiz arbeiten, und dann eine dauernde Aufenthaltsbewilligung bekommt, ist etwas, was mich ohnehin ärgert. Die ausländischen Arbeitskräfte sind ein Problem für sich.

Bei Ihrer Frage geht es aber um die ausländische Bevölkerung, die in der Landwirtschaft arbeitet.

Sie müssen doch vorschreiben, dass ein bestimmter Prozentsatz des Fleisches, ein Prozentsatz des Getreides usw. aus der Schweiz stammt! Wenn Sie sagen, dass wir alles freigeben, haben Sie ja niemanden mehr, der Viehzucht in der Schweiz betreibt. Die Preise der ausländischen Produkte sind derart ruinös tief, dass die Betriebe nie überleben können.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2017 • Sechste Sitzung • 05.12.17 • 08h00 • 17.023
Conseil national • Session d'hiver 2017 • Sixième séance • 05.12.17 • 08h00 • 17.023



Was ich jetzt gerade über das Fleisch gesagt habe, gilt für alle Branchen der Landwirtschaft. Damit Sie die 53 000 Betriebe, oder wie viele es heute auch sind, überhaupt halten können, braucht es Importbeschränkungen bei Landwirtschaftsgütern. Andernfalls stellt sich in ein paar Jahren die Frage gar nicht mehr, ob wir Schweizer oder Ausländer brauchen. Wenn wir im geplanten Tempo von den 53 000 Betrieben weiter hinuntergehen, fragen wir uns in zwanzig Jahren, was wir mit den verbleibenden 10 000 machen sollen. Da bin ich dagegen.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.45 Uhr
La séance est levée à 12 h 45

AB 2017 N 1961 / BO 2017 N 1961

